

Nachricht vom Präsidenten

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

In den vergangenen Monaten traf uns der Verlust zweier großer Befürworter Europas, Helmut Kohl und Simone Veil. Ihr Vorbild wird nicht nur uns, sondern auch kommenden Generationen auch weiterhin als Inspirationsquelle für die Verteidigung der europäischen Werte dienen. In diesem Bulletin zollt Nicole Fontaine dem Gedenken an unsere Kollegin Simone Veil Tribut.

Der beste Weg, um das Andenken dieser beiden Vorbilder zu ehren, ist, auch künftig die europäischen Ideale zu verbreiten. Deshalb ist diese Ausgabe dem Kreativen Europa gewidmet, einem der Grundpfeiler des Fortschritts. Um mit Edward de Bonos Worten zu sprechen: Kreativität ist die wichtigste Ressource des Menschen. Ohne Kreativität gibt es keinen Fortschritt, und wir wiederholen dieselben Muster immer wieder.

Die Fachleute, die wir konsultiert haben, erklären in ihren Beiträgen, dass Kreativität der Schlüssel zum Erfolg ist – und der Schlüssel zu einer geeinteren, stärkeren Europäischen Union. Unter „Focus“ finden Sie eine Auswahl von Fachartikeln über Kreativität, Forschung und Programme, die die EU zur Förderung dieser Bereiche durchführt.

Unter „Current Affairs“ finden Sie Artikel zu äußerst interessanten Themen, mit denen uns unsere ehemaligen Kollegen erfreuen. Ich möchte die Gelegenheit ergreifen und unseren Kollegen danken, die an diesem Bulletin mitarbeiten und dafür sorgen, dass unser Verein als Forum für Ideen und Austausch dient. Außerdem möchte ich alle, die dies noch nicht getan haben, gerne einladen, sich unserer Arbeit anzuschließen.

Darüber hinaus ist eine Rubrik den derzeitigen und künftigen Tätigkeiten des VEM gewidmet.

– Das Programm „EP to Campus“ unter der Leitung von Lord Richard Balfe ist weiterhin ein voller Erfolg. Der Austausch, bei dem die Universitäten in den Genuss der Erfahrungen und des Fachwissens der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments kommen, ist eines unserer herausragendsten Programme. Die Rückmeldungen der Studierenden, Universitäten und Kollegen, die teilgenommen haben, sind stets positiv. Die Studierenden können die konstruktiven Gespräche und den Meinungsaustausch nutzen, um sich eine Vorstellung von europäischen Angelegenheiten zu verschaffen.

– Ein weiteres Vorzeigeprogramm unter der Leitung von Monica Baldi ist die Zusammenarbeit mit dem Europäischen Hochschulinstitut in Florenz. Das Programm mit Schülern der Sekundarstufe wurde von den teilnehmenden Kollegen hoch geschätzt. Die Kinder in Europa müssen Kenntnisse über die Funktionsweise der europäischen Institutionen erwerben, denn diesen Kindern gehört die Zukunft.

In der Absicht, unsere Kontakte zu anderen Vereinen noch enger zu knüpfen, nahmen unsere Kollegen und Vertreter bei der „European Association of former members of parliament of the members-states of the Council of Europe“, Andrea Manzella und Brigitte Langenhagen, an dem Treffen am 8./9. Juni in Dublin teil. Darüber berichtet Brigitte Langenhagen in diesem Bulletin.

Am 19./20. Juni durfte ich unseren Verein anlässlich der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments vertreten. Es war eine emotionale Veranstaltung, bei der wir des Mannes gedachten, der zu den drei „Ehrenbürgern Europas“ zählt: Helmut Kohl. Ein Bericht über die Veranstaltung ist ebenfalls in diesem Bulletin zu finden.

Wie Sie wissen, führt die Studienreise in diesem Jahr nach Washington (24.–28. September). Eine Mitteilung über unseren Besuch erscheint in der Dezember-Ausgabe, ebenso wie über unseren Besuch in Estland, das im zweiten Halbjahr dieses Jahres den Ratsvorsitz innehaben wird. Dieser Besuch findet am 6./7. November statt. Die Anmeldefrist läuft bereits. Weitere Informationen finden Sie auf der Website des Vereins. Auch das Sekretariat des VEM erteilt gerne Auskunft.

Schließlich möchte ich Sie darauf hinweisen, dass unsere Jahresveranstaltungen am 29./30. November 2017 in Brüssel stattfinden. Wie üblich werden bei unserem Seminar zu dem Thema „Globale Strategie der EU im Bereich Sicherheit und Verteidigung“ sowie bei dem anschließenden Dinner hochrangige Redner zugegen sein. In den nächsten Tagen erhalten Sie das Anmeldeformular und weiterführende Informationen zu den Veranstaltungen.

Auf ein Wiedersehen in Washington, Tallinn und Brüssel!

Mit freundlichen Grüßen

Enrique Barón Crespo

Präsident des FMA

Briefe an den Präsidenten

Darüber, dass der Schwerpunkt im Juni auf dem Thema „Soziales Europa“ lag, habe ich mich gefreut. Für Optimismus in dieser Hinsicht sehe ich aber wenig Grund – die Sozialpolitik war bislang immer eher nachrangig.

Anfang der 1990er Jahre luden wir Präsident Delors in den Beschäftigungsausschuss ein, weil wir hofften, dass er das damals für Sozialpolitik zuständige Mitglied der Kommission, Anna Diamantopoulou, wegen fehlender Fortschritte auf dem Weg zu einem sozialen Europa abmahnen würde. Wir dachten, sie würde sich nicht ausreichend bemühen. Stattdessen kam es so, dass er uns ermahnte und uns aufforderte, erwachsen zu werden und uns auf den Abschluss des damals, 1992, laufenden Binnenmarktprozesses zu konzentrieren. Fortschritte im sozialen Bereich würden später folgen, versprach er. Damit wurden wirtschaftliche Erwägungen und die Erfordernisse des Binnenmarkts gegen sozialpolitische Anliegen ausgespielt.

In der Zeit nach 1992 wurden dann mit der Verabschiedung von Rechtsvorschriften zu den Themen Gesundheit und Sicherheit, atypische Beschäftigungsverhältnisse, Gleichstellung, Antidiskriminierung und Unterrichtung und Anhörung von Arbeitnehmern tatsächlich Fortschritte im sozialen Bereich erzielt. Aber mit dem Näherrücken der nächsten Erweiterungsrunde und schließlich ihrer Durchführung wurde sozialpolitischen Vorschlägen immer geringere Bedeutung beigemessen. Mit der Finanzkrise war es damit dann ganz vorbei:

Themen wie Sparmaßnahmen, Kürzungen im öffentlichen Dienst und Lohnzurückhaltung dominierten nun die Tagesordnung, und alle Behauptungen, man würde sich für die Bekämpfung ausbeuterischer oder ungerechter Arbeitsbedingungen einsetzen, waren nichts als leere Worte.

2010 verließ ich eine Sitzung in meiner Region, wo ich eine Stunde lang vergeblich versucht hatte, normalerweise wohlgesonnene Gewerkschafter von den anhaltenden Vorteilen einer Mitgliedschaft in der EU zu überzeugen. Einer von ihnen sagte zu mir: „Weißt Du, Steve, lange Zeit wurde Europa als Teil der Lösung angesehen, jetzt gilt es als Teil des Problems.“ Das hat mir wirklich zu denken gegeben. Ich habe diese Aussage während der regelmäßigen Sitzungen, die Präsident Barroso mit den Fraktionsvorsitzenden abhielt, oft wiederholt. Aber Präsident Barroso hat nicht darauf reagiert; ich nehme an, weil er es für unmöglich hielt, irgendetwas nur im Entferntesten Fortschrittliches mithilfe des Kollegiums der Kommission oder gar des Rates zu erreichen.

Und es gibt weiterhin keine Aussicht auf einen Wandel. Unter der vorgeschlagenen sozialen Säule verbirgt sich nichts anderes als die Weiterführung der Rhetorik der letzten 15 Jahre, derer ich so müde bin. Tatsächlich scheint sie sogar einen Rückschritt zu bedeuten. So ist zum Beispiel in Grundsatz 5 die Rede von der „notwendige[n] Flexibilität für Arbeitgeber [...], damit sie sich schnell an sich verändernde wirtschaftliche Rahmenbedingungen anpassen können“. Zwei Absätze weiter unten heißt es: „Beschäftigungsverhältnisse, die zu prekären Arbeitsbedingungen führen, werden unterbunden [...]“. Im Rahmen unserer Arbeit gemeinsam mit der Kommission und dem Rat im Vorfeld der Annahme der beschäftigungspolitischen Leitlinien Ende der 1990er Jahre sahen wir diese beiden Aspekte nicht als getrennte Aspekte an – ab dem Moment, als wir erkannten, dass die Flexibilität, die Unternehmen benötigen, um sich schnell an sich verändernde Bedingungen anpassen zu können, in einem angemessenen Verhältnis zu dem Maß an Sicherheit stehen muss, das die Arbeitnehmer benötigen, um mit Veränderungen zurechtzukommen, waren diese beiden Aspekte untrennbar miteinander verbunden. Aus dieser Erkenntnis heraus erwachsen die Richtlinien über Teilzeitbeschäftigung, befristete Arbeitsverträge und Leiharbeit.

Es bestehen weiterhin eklatante Probleme, die angegangen werden müssen. Fast ein Jahrzehnt, nachdem ich Präsident Barroso während seiner Anhörung durch die sozialistische Fraktion aufgefordert habe, Arbeitnehmern, die aus einem Mitgliedstaat in einen anderen entsandt werden, das gleiche Gehalt zu zahlen und sie zu den gleichen Bedingungen wie die Arbeitnehmer zu beschäftigen, mit denen sie zusammenarbeiten, sind Ausbeutung und Ungerechtigkeit weiterhin an der Tagesordnung. Null-Stunden-Verträge führen noch immer dazu, dass eine wachsende Zahl von Arbeitnehmern in der EU keine Aussicht auf einen Ausweg aus Armut und Unsicherheit hat. Dies ist eines von mehreren ganz praktischen, bodenständigen Problemen, die die EU lösen muss.

Diese Einzelbeispiele verweisen aber auf ein viel größeres Problem: Solange die arbeitende Bevölkerung nicht in das Projekt einbezogen wird, wird es ihr fremd bleiben. Wenn es Präsident Barroso gelungen wäre, seine Kollegen in der Kommission und im Rat von dieser Tatsache zu überzeugen, wäre es möglicherweise nie zum Brexit gekommen.

Stephen Hughes

S&D, Royaume-Uni (1984-2014)

skipseyhughes@mac.com

Europäische Herausforderungen im Bereich Sicherheit und Verteidigung

Europa und auch die übrige Welt sind heute mit Herausforderungen konfrontiert, die schleunigst bewältigt werden müssen. Beratungen bei mehr oder weniger hochrangigen Sitzungen reichen nicht aus. Durch folgenlose Erklärungen werden die Probleme im Bereich der europäischen Sicherheit und Verteidigung nicht gelöst.

Während des G20-Treffens im Juli ließen sich einige positive Anzeichen erkennen. Die Gespräche unter vier Augen zwischen den Präsidenten der Vereinigten Staaten und Russlands verliefen dem Vernehmen nach gut, die damit einhergehenden Vorschläge zur Beendigung des Krieges in Syrien sind vielversprechend. Die Präsidenten waren in der Lage, sich über ernste Themen wie Nordkorea, Freihandel, die Bedeutung des Pariser Abkommens und hybride Kriege zu unterhalten, die nationale Wahlen beeinflussen können.

Bei seinem Besuch in Polen erklärte Präsident Trump schlussendlich, dass sich die Vereinigten Staaten zur Einhaltung von Artikel 5 des NATO-Vertrags verpflichten, was selbstverständlich für die baltischen Staaten – und indirekt auch für die in unmittelbarer Nachbarschaft liegenden, dem Bündnis nicht angehörenden Staaten Schweden und Finnland – von besonderer Bedeutung ist. Dies geschieht zu einer Zeit, als der Luftraum über dem Finnischen Meerbusen und der Ostsee in gewisser Weise zum Schauplatz von „Formel-1-Luftrennen“ geworden ist, wo es beinahe täglich zu brenzligen Situationen und Risiken kommt, bei denen unterschiedliche Akteure involviert sind.

Ein Krieg zwischen Russland und der NATO ist nicht zu gewinnen, und es darf niemals dazu kommen. Allerdings besteht das Risiko einer unregelmäßigen und unkontrollierten Spirale der Abschreckung, die ungewollt eskalieren kann.

Die nordischen Staaten haben gemeinsam reagiert. Sowohl auf politischer als auch auf militärischer Ebene ist die sicherheitspolitische Zusammenarbeit nunmehr ausgebaut worden.

Insbesondere Schweden und Finnland haben als Staaten außerhalb des NATO-Bündnisses die militärische Zusammenarbeit intensiviert, was einem – bislang nicht verabschiedeten Vertrag – gleichkäme.

Anders als bei der EU-Zusammenarbeit in Wirtschafts- oder Landwirtschaftsangelegenheiten gibt es keine Übertragung von Souveränität in den Bereichen Frieden und Sicherheit, sodass die diesbezüglichen Anstrengungen der EU rein zwischenstaatlich sind. Sicherheitspolitische Entscheidungen werden noch immer verhältnismäßig uneinheitlich gefasst.

Der letztjährige Vorschlag der Verteidigungsminister, ähnliche kleinere Gruppen im Bereich der Sicherheit und zudem allgemeiner ausgerichtete Verbände wie Bereitschaftstruppen einzusetzen, hat die Gründung der vom Vereinigten Königreich angeführten gemeinsamen Expeditionstruppe in die Wege geleitet, die sich aus neun Ländern Nordeuropas zusammensetzt und über eigens geschulte nationale Truppen verfügt, welche erforderlichenfalls rasch eingreifen können. Ein früher aus beinahe denselben Nationen zusammengesetzter Nordischer Gefechtsverband, der ausgebildet und einsatzbereit war, bei den Entscheidungsträgern allerdings auf Bedenken stieß, kam trotz bestehender Notwendigkeit niemals zum Einsatz. Politisch motivierte Feigheit?

Äußerst traurig ist es jedoch, dass das Gesetz der Waffen in der Welt dermaßen Raum einnimmt, wo doch die einzig dauerhafte Lösung in der Rechtsstaatlichkeit liegt!

Heutzutage besteht die Tendenz, eher einen Keil zwischen die Menschen zu treiben, als sie zusammenzubringen. Auch die „guten Menschen“ wurden vom Gift der um sich greifenden Hassrhetorik angesteckt, und die Akzeptanz einer „Festung Europa“ ist bedauerlicherweise weitverbreitet.

Daher erwies sich das Hamburger G20-Treffen als klarer Sieg für Bundeskanzlerin Angela Merkel, die ein weiteres Mal gezeigt hat, wer in Europa politisch wirklich das Sagen hat.

Zwar büßte die Erklärung in Teilen zwangsläufig an Deutlichkeit ein, aber die Sicht auf die Themen Freihandel, Nordkorea, hybride Kriege, Wahrheit und alternative Wahrheit, Cyberangriffe und vieles mehr fiel einheitlich aus. Nun müssen wir auf die Umsetzung achten.

Und das Allerbeste ist: 19 Mitglieder erklärten, dass sie um unserer gemeinsamen Zukunft willen den Pariser Beschluss zum Klimawandel entschlossen mittragen wollen. Nur einer entschied sich, außen vor zu bleiben, nämlich der Präsident der Vereinigten Staaten. Schade und traurig für das amerikanische Volk.

Elisabeth Rehn

Hon. Staatsminister, Finnland

ELDR, Finnland (1995-1996)

elisabeth.rehn@kolumbus.fi

„Compact with Africa“ mit den ziemlich besten Freunden der G20

Gastgeberland für die G 20 war diesmal Deutschland. Zuvor hatte die Bundeskanzlerin schon zu einem G 20 Frauengipfel eingeladen, an dem unter anderen die niederländische

Königin Maxima, IWF-Chefin Christine Lagarde, eine High-Tech-Unternehmerin aus Kenia und die „First Daughter“ Ivanka Trump teilnahmen. Für die öffentliche Wahrnehmung zählt der „Promi“-Faktor, der auch nicht zu unterschätzen ist, wenn es um Geldsammeln geht. Denn auf dem Tisch lag der Vorschlag, einen Fonds zu gründen, mit dem Frauen für Führungspositionen oder als Unternehmerinnen gefördert werden sollen, um ihnen einen adäquaten Zugang zur weltweiten Wertschöpfung zu ermöglichen.

Der – auch finanzielle – Start ist bereits gelungen. Nun kommt es auf eine erfolgreiche Umsetzung an.

Im Zentrum des nachfolgenden G 20 Gipfels stand die von Deutschland eingebrachte Initiative „Compact with Africa“, die sich zum Ziel gesetzt hat, Afrika für Investoren attraktiver zu machen. Die G 20 Partner, die Weltbank, der IWF und die Afrikanische Entwicklungsbank sollen mit Geld, Experten und technischer Expertise helfen, in Afrika die Infrastruktur zu verbessern und letztlich Jobs zu schaffen, damit Afrikas junge Männer sich nicht länger auf den lebensgefährlichen illegalen Weg nach Europa machen.

Der G 20 Pakt verlangt den afrikanischen Partnern allerdings grosse Reformbereitschaft ab, etwa politische Stabilität, Rechtssicherheit, Korruptionsbekämpfung. Nur dann kann man auf wachsende Investitionsbereitschaft hoffen.

Marokko hat sich erfolgreich um Beteiligung an dem Pakt beworben. Auf die Resultate darf man gespannt sein. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, dass die Afrikanische Union (AU) Marokko trotz des nach wie vor ungelösten Westsahara-Problems als Mitglied aufgenommen hat. Auch im Europäischen Parlament ist diesbezüglich eher Resignation eingekehrt. Das war zur Zeit von Barbara Simons, Mitglied des Europäischen Parlaments von 1984 bis 1994, ganz anders, als eine sehr rührige Intergroup unter ihrem Vorsitz für die Unabhängigkeit der ehemaligen spanischen Kolonie eintrat und grosse Hoffnungen in die von der UN beschlossene Volksbefragung setzte, der bis heute nicht stattgegeben wurde. Das ist nachzulesen in dem bewegenden „Tagebuch“ von Barbara Simons, in dem sie schildert, wie sich in dem Widerstand gegen die Annektierung des grössten Teils der Westsahara durch Marokko eine herzliche Freundschaft mit dem Polisario-Aktivisten entwickelte.

Nach ihrem Ausscheiden aus dem Europäischen Parlament nahm sich FMA-Mitglied Michael Mc Gowan der Intergroup an, aber am Sachverhalt änderte sich weiterhin nichts, Ob sich eine Lösung durch den designierten neuen Westsahara-Sonderbeauftragten der UN, den früheren deutschen Bundespräsidenten Horst Köhler, erreichen lässt, bleibt abzuwarten.

Südafrika ist als wirtschaftlich stärkster Staat des Kontinents als einziges afrikanisches Land Mitglied der G 20. Aber es steht nicht besonders gut um das „Regenbogenland“, wie es der Vision Nelson Mandela entsprochen hätte. Er trug sie eindrucksvoll 1994 bei seiner Antrittsrede nach dem Ende der Apartheid in Pretoria vor. Auch das ist nachzulesen in Barbaras „Tagebuch.“ Sie war damals eingeladen in Anerkennung ihrer Verdienste für das neue demokratische Südafrika und in freundschaftlicher Verbundenheit mit Nelson Mandela. (Wer an Barbaras „Tagebuch“ interessiert ist, kann sich gern per E-Mail an mich wenden!). Armut, Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit, beängstigende Gewaltkriminalität haben bedenkliche Teile von Südafrika heute im Griff, und im ANC rumort es gewaltig. Vetternwirtschaft und Korruptions-Vorwürfe gegen Präsident Zuma häufen sich. Auch hier bedarf es einer Fülle von Reformen mit Vorbildcharakter für die Menschen, deren Hoffnungen unerfüllt geblieben sind. Ein verbessertes Investitionsklima ergibt sich dann von ganz allein!

Karin Junker

PSE, Deutschland (1989-2004)

karin.junker@t-online.de

EINDRÜCKE AUS LIBYEN 2011 — 2017

Während der NATO-Intervention in Libyen 2011 kamen mehrere ehemalige Abgeordnete des Europäischen Parlaments — Margie Sudre, Thierry Cornillet*, John Alexander Corrie und ich selbst — zu dem Schluss, dass auch das Europäische Parlament eine Beobachtermission in das Kriegsland entsenden sollte, wie es die Kanadier, Afrikaner, Chinesen, Russen und Amerikaner bereits getan hatten.

Daher fuhren wir mit Unterstützung des „Fünferklubs“ der Afrikanischen Union, die einen Friedensplan für das Land vorgelegt hatte, Ende Juni 2011 über Tunesien nach Tripolis.

Während unseres viertägigen Aufenthalts trafen wir uns mit Stammesvertretern, in deren Händen angesichts des Fehlens eines handlungsfähigen Staates die politische Macht in Libyen liegt, mit vor Ort tätigen nichtstaatlichen und europäischen Organisationen, einflussreichen Persönlichkeiten sowie humanitären Organisationen.

Nach unserer Rückkehr nach Paris veröffentlichten wir in der Online-Ausgabe der französischen Tageszeitung „Le Monde“ einen Artikel, in dem wir angesichts der Verfestigung des Konflikts nach den seit vier Monaten andauernden Kriegshandlungen darlegten, dass die Konfliktparteien dringend Verhandlungen über einen Friedensplan aufnehmen müssten.

Andernfalls drohten Chaos und Bürgerkrieg, die eine Destabilisierung West- und Zentralafrikas, das Anwachsen des radikalen Islam und des Terrorismus sowie eine Verstärkung der Migrationswellen nach sich ziehen könnte.

Die Entwicklungen haben uns leider Recht gegeben: Die islamistischen Milizen gewannen die Oberhand und bald war das Land nicht mehr nur in Stammesgebiete aufgeteilt, sondern es schien als Folge der Kämpfe kurz vor dem Auseinanderbrechen zu stehen.

Im Rahmen meiner Tätigkeit als Berater habe ich vor kurzem Bengasi und den Osten Libyens bereist, um mir ein Bild davon zu machen, in welchem Zustand sich die Kyrenaika befindet, nachdem der Militärkommandeur Chalifa Haftar 2014 mit einer 200 Mann starken Truppe die Operation „Würde“ begann, mit der er die Islamisten aus der Region vertreiben wollte.

Nach zwei Jahren intensiver Kämpfe, die große Zerstörungen nach sich zogen, ist offensichtlich, dass die Ordnung wiederhergestellt wurde und sich die Städte und Häfen zwischen Sirte und der ägyptischen Grenze unter Kontrolle befinden. Alles in allem beginnt das normale Leben wieder.

In den vergangenen zwei Monaten wurden wichtige Fortschritte auf dem Weg zu einer politischen Einigung zwischen Chalifa Haftar, Fayiz As-Sarradsch und Abdullah Al-Thenni gemacht, die zur Verabschiedung einer neuen Verfassung und innerhalb von sechs Monaten zu Präsidenten- und Parlamentswahlen führen sollten.

Dann wird es möglich sein, in Libyen einen handlungsfähigen Staat aufzubauen und mit dem Wiederaufbau des Landes zu beginnen.

Uns als Europäern drängen sich jedoch mehrere Fragen auf:

Wir befassen uns intensiv mit den Problemen im Irak und in Syrien, aber viel weniger mit Libyen, das lediglich 300 km von unserer Küste entfernt gelegen und für die Entwicklung des Terrorismus und der Migrationsströme auf dem afrikanischen Kontinent von großer Bedeutung ist.

Warum finanzieren wir immer noch Flüchtlingslager, auch wenn wir wissen, dass sie von islamistischen Milizen „verwaltet“ werden, die von dort aus Menschenhandel zum Zweck der Prostitution und der Versklavung sowie Drogenhandel und die Schleusung von Flüchtlingen organisieren?

Die schwere Krise in Libyen macht drei Dinge deutlich: Erstens ist das Mittelmeer unser gemeinsames Gut, eine wichtige Brücke zwischen zwei Räumen, die durch eine gemeinsame Geschichte und eine gemeinsame Zukunft verbunden sind; zweitens muss endlich eine europäische Verteidigungspolitik entstehen, die unseren Kontinent schützen kann, und es müssen Streitkräfte zur Verfügung stehen, die Konflikten an seinen Rändern vorbeugen bzw. diese eindämmen können; drittens müssen wir uns intensiv am Wiederaufbau in Libyen beteiligen.

Denn es muss uns klar sein, dass es in Afrika neben der islamistischen Radikalisierung auch, oder vielleicht sogar vor allem, die Armut ist, die dem Terrorismus und der Migration den Boden bereitet.

Libyen, der Frieden in dem Land und sein Wiederaufbau sind also von großer Bedeutung für die Sicherheit und den Wohlstand der Europäischen Union und stellen eine große Herausforderung in diesem Bereich dar.

Michel Scarbonchi

Frankreich

ARE (1997-1999)

PSE (2001-2002)

EUL/NGL 2002-2004)

mscmonde@gmail.com

*Thierry CORNILLET ist seit dem 31. Mai 2017 wieder MdEP.

* Zu dem Fünferklub der AU gehörten Südafrika, Mauretanien, Mali, der DRK und Uganda.

ZWEI GROSSE ZAHLEN

Wenn diese Zeilen nach dem Sommer veröffentlicht werden, werden die Emotionen des Monats Juli vielleicht schon etwas abgeklungen sein. Mir persönlich werden diese beiden besonderen Ereignisse, die der Zufall so eng miteinander verwoben hat, stets in Erinnerung bleiben – die großartige, sehr bewegende Zeremonie für den Vater der deutschen Einheit am 1. Juli dieses Jahres im Plenarsaal in Straßburg, und nur vier Tage später die würdige Verabschiedung von Simone Veil im Ehrenhof des *Hôtel des Invalides* in Paris. Bald wird Simone Veil als fünfte Frau im Pantheon zur letzten Ruhe gebettet.

Ich möchte an dieser Stelle an weitere Parallelen zwischen diesen beiden großen Persönlichkeiten erinnern:

Helmut Kohls Ziel war ein europäisches Deutschland, kein deutsches Europa. Als sich die historische Chance der Wiedervereinigung bot, nutzte er sie mit aller Entschlossenheit. Dafür nahm er auch die gemeinsame Währung hin, trotz der großen Vorbehalte, die viele Deutsche damals noch gegen den Euro hegten, weil sie sich noch allzu gut an die schweren Jahre erinnern konnten. Und es bleibt unvergessen, wie Helmut Kohl und François Mitterrand am 22. September 1984 gemeinsam den Soldatenfriedhof von Verdun durchschritten und sich die Hand reichten – ein Moment von großer Bedeutung. Wie vielen anderen großen Persönlichkeiten vor ihm mag es ihm im Alter an Dankbarkeit gefehlt haben. In die Geschichte eingehen wird jedoch sein unumstößlicher Beitrag zur europäischen Integration, den er als Visionär und gleichzeitig als konstruktiver Pragmatiker leistete.

Simone Veil wird am 30. März 1944 in Nizza mit nur 16 Jahren am Tag nach ihrem Abitur festgenommen und kurz darauf mit dem Zug in die Hölle der Vernichtungslager deportiert. Sie überlebt wie durch ein Wunder, verliert in den Lagern aber den Vater, die Mutter, den Bruder und viele weitere Angehörige und Freunde. Zurück in Frankreich schlägt sie eine Karriere bei der Staatsanwaltschaft ein und – was heute kaum noch bekannt ist – setzt sich vor allem für die Schwächsten im Strafvollzug ein.

Bekannt wird sie, als sie 1974 als Ministerin in der französischen Nationalversammlung die Legalisierung der Abtreibung verteidigt, obwohl sie – die Auschwitz-Überlebende – sich damit zur Zielscheibe schlimmster Beschimpfungen macht. Seitdem aber wurde und wird sie von allen Seiten bewundert, ja geliebt.

Ihre Lebensaufgabe sah sie seit 1945 und in den bis zu ihrem Tode verbleibenden 72 Jahren allerdings in der europäischen Versöhnung und Einigung, denn es galt, das „Niemals wieder!“ wahrzumachen. Wir standen uns im Europäischen Parlament über viele Jahre hinweg sehr nahe. Und nie habe ich von ihr auch nur ein böses Wort über die Deutschen gehört. Sie gestattete sich keine Verbitterung, sondern blickte entschlossen nach vorn – in die Zukunft eines Europas, in dem die Versöhnung die Voraussetzung für Frieden, Fortschritt und Solidarität war.

Diese beiden großen Persönlichkeiten werden uns, so unterschiedlich ihre Wege waren, gemeinsam in Erinnerung bleiben.

Nicole Fontaine

Ehemaliger Präsident der

Das Europäische Parlament.

PPE-DE, Frankreich (1984-2009)

nfontaine@aol.com

Das Haus der europäischen Geschichte

Jede Nation Europas verfügt über einen Mythenbestand, der ihrem inneren Zusammenhalt dient. Die Europäische Union hat scheinbar keinen Gründungsmythos; keine Erzählung, die den Zusammenhalt ihrer Bürgerinnen und Bürger fördern könnte. Oder doch? Muss sie vielleicht nur „entdeckt“ werden?

Ich denke: Ja! Und ich meine: die „Idee Europa“; die Idee der friedlichen Einheit der Völker Europas. Ihre Einzigartigkeit besteht darin, dass ihre Verwirklichung gerade in einer Zeit begann, als unser Kontinent wie nie zuvor am Boden lag und in einem finsternen Abgrund zu verschwinden drohte.

Die „Idee Europa“ muss eine Quelle des solidarischen Zusammenhalts und des Zusammenwachsens in Europa sein. Dazu muss sie erzählt und in unserem Bewusstsein verankert werden. Sie muss die Kraft entfalten, zu zeigen, dass man aus der Vergangenheit Lehren ziehen und diese in der Gegenwart für die Zukunft fruchtbar machen kann.

Das „Haus der Europäischen Geschichte“ soll dazu beitragen! In meiner Programmrede als Präsident des Europäischen Parlaments am 13. Februar 2007 in Straßburg habe ich dessen Aufbau angeregt. Mein Wunsch war es, einen Ort zu schaffen, der unsere gemeinsame europäische Geschichte erzählt – ihren ideellen und kulturellen Reichtum ebenso wie die Kriege und Tragödien; einen Ort der Erinnerung und der Zukunft, der nicht national, sondern europäisch gedacht, konzipiert und verwirklicht wird; einen Ort, der das Verständnis für die Notwendigkeit einer europäischen Identität fördert, der unsere gemeinsamen europäischen Werte stärkt.

Mehr noch als vor zehn Jahren bin ich heute überzeugt: Wir brauchen das „Haus der Europäischen Geschichte“ auch als einen Ort, der uns zeigt, warum wir, trotz aller Unzulänglichkeiten, auch stolz auf das in Europa bislang Erreichte sein können.

Das in einer Zeit, in der die Einheit Europas stärker denn je gefährdet ist: Populismus, politischer Radikalismus und nationalistische, z. T. gar rassistische Bewegungen beleben gegenwärtig alte Feindschaften. Die Rückkehr längst überwunden geglaubter Dämonen der Vergangenheit droht. Das müssen wir verhindern!

Das „Haus der Europäischen Geschichte“ soll den Bürgerinnen und Bürgern helfen, mit Mut und Zuversicht in die Zukunft zu gehen, die uns in diesen Tagen unruhig und bedroht erscheint. Ein Haus, das die Grundlinien der europäischen Geschichte vermittelt, um die jüngere Historie und die Gegenwart zu verstehen; ein Haus, das die gemeinsamen Werte der europäischen Einigung – die Würde des Menschen, die Freiheit, die Demokratie, das Recht und den Frieden sowie die Prinzipien von Solidarität und Subsidiarität – als Fortschritt des friedlichen Zusammenlebens darstellt; ein Haus, das als gemeinsames Haus die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union zu mehr Beteiligung an den europäischen Entscheidungsprozessen ermutigt. Sie sollen nicht nur Besucher sein, sondern sich vor allem auch an der weiteren Gestaltung der Identität Europas beteiligen.

Über die Jahre hinweg habe ich – zunächst als Präsident des Europäischen Parlaments und auch als Vorsitzender des Kuratoriums – den Entstehungsprozess des „Hauses der Europäischen Geschichte“ mitgestalten dürfen. Es war ein Marathonlauf mit vielen Schwierigkeiten und Hindernissen, die es zu überwinden galt.

Ich möchte es freimütig bekennen: Es ist das schwierigste Projekt, das ich in meinem politischen Leben initiieren und mit Hilfe vieler Gleichgesinnter verwirklichen konnte. Das „Haus der Europäischen Geschichte“ ist das Ergebnis europäischer Zusammenarbeit und beweist eindrucksvoll: Europäische Vorhaben können gelingen.

Es wird Zustimmung und Kritik hervorrufen. Museen sind niemals fertig. Sie bedürfen der Korrektur, der Veränderung und der Ergänzung. Das gilt ganz besonders für das „Haus der Europäischen Geschichte“, das offen ist für die Zukunft, denn Geschichte ist niemals statisch, sondern unterzieht sich stets dem Wandel.

Hans-Gert Pöttering

Ehemaliger Präsident des Parlaments

Europäer.

Präsident der Konrad-Stiftung Adenauer

EPP, Deutschland (1979-2014)

hans-gert.poettering@kas.de

Europa erhält Preis für Eintracht

Die Jury des „Prinzessin-von-Asturien-Preises für Eintracht“ 2017 gab am 21. Juni 2017 bekannt, dass der Preis an die Europäische Union verliehen wird. Mir wurde die Ehre zuteil, die Bewerbung um diese Auszeichnung auf Anfrage ihres Förderers, des spanischen sozialistischen Mitglieds des Europäischen Parlaments Jonás Fernández, zu unterstützen.

Anlässlich des 60. Jahrestags der Römischen Verträge und in Zeiten des Wandels für ein Europa, das bemüht ist, die nationalistischen und populistischen Strömungen nach der Wahl in Österreich, den Niederlanden und Frankreich endgültig zu überwinden, um so Fortschritte bei der sozialen Dimension der Union, der gemeinsamen Sicherheit und Verteidigung und der Einführung der Finanz- und der Haushaltssäule des Euro-Währungsraums zu erzielen (was die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel wohl bereits unterstützt), ist diese Auszeichnung zweifellos die richtige Entscheidung.

Mit diesem Preis für Eintracht als Synonym für den Frieden wird der Wert eines Projekts der grenzüberschreitenden politischen Integration anerkannt, das wirklich einzigartig und das erste seiner Art in der Geschichte der Menschheit ist und unserem Kontinent bereits seit 67 Jahre Harmonie beschert, der überdies der freieste, solidarischste und demokratischste der Welt ist.

Eigentlich gibt es kein besseres Beispiel für Eintracht als den Frieden. Aber keinen abstrakten, rhetorischen, ideellen oder künftigen Frieden, nein: konkreten, greifbaren, alltäglichen und täglichen Frieden, wie er die Gemeinschaft Europas seit dem 9. Mai 1950 prägt.

Ob dieser Preis Anlass zu Selbstzufriedenheit ist? Auf jeden Fall. In den letzten zehn Jahren haben die politischen Maßnahmen zur übermäßigen zentralen Angleichung, die im Rat von bestimmten politischen Mehrheiten angestoßen wurden, dazu beigetragen, das soziale Drama der Wirtschaftskrise und die Ungleichheiten aller Art zu verschlimmern.

Gleichzeitig waren die Mitgliedstaaten trotz der verschiedenen umfassenden Initiativen, die von der Kommission und dem Europäischen Parlament eingeführt wurden – z. B. das System der Quoten für die Verteilung von Flüchtlingen –, bisher nicht in der Lage, die schwerwiegende und anhaltende humanitäre Krise in den Gewässern des zentralen und östlichen Mittelmeers zu bewältigen, was einige für ein Scheitern der Europäischen Union halten.

Sicher ist, dass nur dann andere politische Maßnahmen in Europa eingesetzt werden können – von der erforderlichen sozialen Dimension bis hin zum besseren Schutz der Asylsuchenden, die vor Krieg und massiven Menschenrechtsverletzungen fliehen –, wenn einerseits bessere Alternativen in den Einrichtungen an wesentlicher Stelle entwickelt und andererseits die Verträge reformiert werden, damit die einstimmige Entscheidungsfindung und die ausschließliche Zuständigkeit des Rates in bestimmten Bereichen (Steuern) sowie die verschiedenen Harmonisierungsverbote (Arbeitsmarktpolitik) ein Ende haben. Ein soziales Europa ist ohne Einheit nicht möglich.

Deshalb ist der Preis aus meiner Sicht nicht nur eine Anerkennung der positiven Errungenschaften in diesen knapp siebzig Jahren des Baus am europäischen Projekt, die von der Einheitswährung und dem Binnenmarkt über das Austauschprogramm Erasmus, die Kohäsionspolitik – die Spanien in so hohem Maße zugutekam – oder auch das Forschungsprogramm Horizont 2020 bis hin zum freien Personen- und Arbeitnehmerverkehr reichen, sondern vor allem auch ein Anreiz für das, was es noch zu bauen gilt: ein wahrhaftes politisches und vereintes Europa, das äußerst sozial und ökologisch ausgerichtet, uneingeschränkt kosmopolitisch, multikulturell und weltoffen, aber auch in der Lage ist, Einfluss auf die internationale Steuerpolitik zu nehmen, und gleichzeitig den höchsten Werten der Aufklärung, Freiheit, Gleichheit, Demokratie und Brüderlichkeit, zu Geltung verhilft.

Josep Borrell Fontelles

Ehemaliger Präsident des Parlaments

Europäer.

PES, Spanien (2004-2009)

monteluxor@gmail.com

Aus dem Alltag eines jungen deutschen Europäers: Europas Rezept der Bildung

Die EU ist eine Union des Wissens und der Bildung. Die europäischen Staaten sind bunt, und somit ist auch die Bildung bunt und verschieden. Jedes Land hat seine Bildungspolitik, seine Struktur, viel Wissen und viele Ideen. Das bedeutet Stärke. Das müssen wir nutzen. Die EU steht ihren Bürgern somit in der Pflicht. Gerade durch die aktuelle Lage der Flüchtlingskrise und der Aufgabe der Integration ist die Bildung wichtiger denn je.

Bildung hängt mit Menschen zusammen. Was wäre der Mensch ohne Bildung? Die sprachliche Bildung wird gerade stärker gefordert. Dies bemerkte ich in meiner Wohnungsgemeinschaft mit minderjährigen afghanischen Flüchtlingen. So wurde die Kommunikation – ohne Deutsch- an die Grenze geführt. Was wurde gebraucht? Besondere Sprachbildung, die ein Zusammenleben erleichtert. Doch auch wir – Nicht-Flüchtlinge – brauchen Bildung. Wir können uns viel von andern Ländern und Kulturen abgucken. So erlangt die Bereitschaft, zu teilen, einen ganz anderen Stellenwert.

Bildung ist wie das Kochen eines Gerichts. Es benötigt „Maße“, Bildungsinhalte, diese müssen feststehen. Sie sollen Europa weiterbringen. Das Kochen braucht ein Rezept, dies ist die Art und Weise des Umgangs. Es muss klar sein, wie viel und was benötigt wird. Dieses Rezept zu haben und vor allem der Zukunft zu vererben, ist die Aufgabe der EU.

Die Bildung wird auch immer „gewürzt“ sein. Das Würzen beschreibt die Andersartigkeit in der Bildung. So sind kulturelle, soziale und nationale Gegebenheiten ausschlaggebend, ob die Bildung „Würze“ hat. Die EU sollte dieses „Würzen“ nicht selbst übernehmen – höchstens, um Richtlinien zu setzen. So wird Vielfalt und Einheit in der Unterschiedlichkeit gewahrt.

Europa braucht Vielfalt, denn, wenn wir Nationen „abschaffen“, gehen Geschichte, Genialität und Menschlichkeit verloren. So muss die EU Stärke zeigen und die Nationalstaaten und Kulturen schützen. Denn gerade in dieser Vielfalt liegt das Pathos der EU. Und gerade die Bildung weist diese Vielfalt auf, zum Beispiel durch unterschiedliche Medien und unterschiedliche Herangehensweisen. Europa heißt Spannung durch Andersartigkeit und gleichzeitig Verbundenheit durch richtungweisende Einheitlichkeit.

Jedes Gericht braucht einen Koch. So braucht auch die Bildung ihre Vertreter und ihre Macher. Bildung ist zutiefst menschlich, und so geht es jeden etwas an. Der Koch der Bildung ist nicht nur die EU. Jeder, der zur Bildung beiträgt, ist ein Koch. Jeder steht in der eigenen Verantwortung. Die EU ist in der Pflicht, sich einzubringen, die Bildung fundiert und verlässlich zu fördern und somit Europa zu einem „Bildungskontinent“ zu machen.

Wie ein Gericht serviert wird, so ist es auch bei der Bildung. So muss Bildung nachhaltig sein und Menschen qualifizieren, so dass sie Arbeitsplätze finden. Hier muss die EU aus meiner Sicht und der meiner Mitbewohner mehr handeln, d.h. die Förderung der Jugend verstärken, auch damit die Jugendarbeitslosigkeit sinkt. Bildung ist ein Grundwert. Sie ermöglicht Lebens-Chancen. So wurde meiner Wohngemeinschaft klar, dass nur Bildung ein friedliches und mitmenschliches Leben bringen kann.

Möchte Europa in dieser globalisierten Welt stark bleiben, nach vorne schreiten, die Einheit durch Vielfalt bewahren, braucht Europa Bildung. Diese muss den Austausch der Unterschiede zulassen, aber auch Vergleichbarkeit schaffen. Zudem brauchen wir ein Europa, das „Hunger“ auf das Gericht der Bildung hat. Dieses Gericht zu kochen und zu servieren und mit allen zu verspeisen, ist die Aufgabe aller Generationen. Nur gemeinsam kann Europa stark werden und gegen Kritik bestehen, dass gilt auch für die Bildung. Von Europas Bildungsrezept hängt die Zukunft ab.

Johannes Schwarz

Freiwillig

Freiwilliger Dienst

(Bundesfreiwilligendienst)

schwarz.johannes@online.de

Politik und Kreativität

Die Kreativität – oder genauer gesagt die Kreativwirtschaft – ist ein politischer Begriff.

Dabei handelt es sich um einen Wirtschaftszweig, der in den 90er-Jahren in Australien und Großbritannien entstand und mit zwei Leitfiguren – Paul Keating und Tony Blair – in Verbindung gebracht wird, die als Erste spürten, dass es am Schnittpunkt zwischen Wirtschaft und Kultur einen Weg gibt, der einen großen politischen Reiz ausübt.

Inzwischen ist die Kreativwirtschaft auf der ganzen Welt in den Fokus des öffentlichen Dienstes gerückt. Weltweit haben Staaten, Regionen und Städte Programme eingeführt, um diesen Makrosektor der Wirtschaft zu unterstützen, der so unterschiedliche Branchen wie Design, Film, angewandte Technik im Bereich Kulturgüter, Theater, Rundfunk, Software und viele mehr umfasst. So unterschiedlich diese Bereiche auch sein mögen, haben sie doch etwas gemeinsam: Es handelt sich um Berufe, die auf dem individuellen Talent und der kreativen Fähigkeit des Einzelnen, Kulturwerte in eine wirtschaftliche Tätigkeit umzuwandeln, beruhen.

Doch wieso muss die Politik in die Kreativwirtschaft investieren? Dafür gibt es zahlreiche Gründe.

Zunächst handelt es sich um eine Branche, die mengenmäßig betrachtet von Bedeutung ist: In Europa sind mehr als 12 Millionen Menschen in der Kreativwirtschaft tätig, und sie erzeugen einen wirtschaftlichen Mehrwert von 5,3 %. Doch nicht nur das – es handelt sich um eine Branche, die schneller wächst als die anderen und die Unternehmen der herkömmlichen Wirtschaftszweige positiv beeinflusst, indem sie zur Steigerung ihrer Innovationsfähigkeit und Produktivität beiträgt.

Außerdem können diese Wirtschaftszweige einen Beitrag zur Verbesserung der urbanen Qualität leisten, da es Aufgabe der „kreativen Köpfe“ ist, Stadtsanierungsprozesse einzuleiten, die sich darin niederschlagen, dass sich Unternehmen in diesen Gebieten ansiedeln – von gemeinsam genutzten Arbeitsräumen („Coworking Spaces“) über Start-up-Beschleuniger bis hin zu Kultur- und Kreativvierteln. Das ist jedoch längst nicht alles: Die Präsenz „kreativer Köpfe“ ist ein wichtiger Aspekt der Markenentwicklung von Städten sowie ihrer Stellung im Wettbewerb urbaner Gebiete, der die Dynamik der Wirtschaft immer stärker prägt.

Schließlich ist diese Branche in der Lage, zur Verbesserung der Verwaltungstätigkeit beizutragen, damit sie bürgernäher wird. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn bei der Behandlung degenerativer Erkrankungen oder bei Rehabilitationsprozessen Videospiele eingesetzt werden, wenn in der Verwaltung Gestaltungstechniken eingesetzt werden, um die öffentlichen Dienstleistungen nutzerfreundlicher zu gestalten, und wenn innovative Regelungsmethoden wie etwa das „Nudge-Konzept“ eingesetzt werden, bei dem die Bürger auf sanfte Weise – etwa durch Kommunikationsmethoden – dazu angeregt werden sollen, ihr Verhalten zu verbessern.

Die Förderung von Jungunternehmern, die Gestaltung und Umwidmung urbaner Räume und die Verbesserung der Verwaltungstätigkeit – das sind die Triebfedern für staatliche Maßnahmen in dieser Branche. Derartige Maßnahmen sind in den vergangenen Jahren auch in Europa immer häufiger geworden, was der Erfahrung und der Vorreiterrolle einiger Länder und den Maßnahmen der Kommission und des Parlaments zuzuschreiben ist, die dieses Thema stets in den Mittelpunkt rücken und in der Lage sind, die Maßnahmen der einzelnen Mitgliedstaaten kontinuierlich zu verfolgen.

Es muss jedoch noch viel getan werden, und es ist in erster Linie die Europäische Union, die tätig werden muss. Dabei muss sie das Ziel verfolgen, bei einem Thema, bei dem die Wettbewerbsfähigkeit des „Alten Kontinents“ in den kommenden Jahren und ein großer Teil seiner Fähigkeit, in einer zunehmend globalisierten Welt im Kulturbereich weiterhin Maßstäbe zu setzen, auf dem Spiel stehen, für ein gemeinsames und koordiniertes Vorgehen der verschiedenen Mitgliedstaaten zu sorgen.

Andrea Manzella

PSE, Italien (1994-1999)

an.manzella@gmail.com

Wie lässt man kreative Ökosysteme entstehen?

Die Kreativwirtschaft mit ihrem deutlichen Wachstum und ihren positiven Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft ist eine der Erfolgsgeschichten der vergangenen zwanzig Jahre. Sie wird von Kleinstunternehmen getragen und von der Digitalisierung sowie den Ideen und kritischen Ansichten der Kunstschaffenden angetrieben. Die Kreativwirtschaft ist auch von Zusammenarbeit, oftmals von Interdisziplinarität, von bahnbrechenden Errungenschaften und von dem ständigen Bestreben geprägt, neue Arten der Wertschöpfung zu erzielen, die zu Innovationen beitragen. Damit die Kreativwirtschaft Auswirkungen auf die Beschäftigung, das Bruttoinlandsprodukt und die Bruttowertschöpfung hat und damit dadurch soziale – und natürlich auch kulturelle – Werte geschaffen werden, sind bestimmte Grundvoraussetzungen erforderlich. Einfach ausgedrückt: Die Kreativwirtschaft floriert in Umgebungen, die als „**kreative Ökosysteme**“ bezeichnet werden können; in ihnen wird der Austausch, der für die erfolgreiche Entwicklung der Branche erforderlich ist, durch eine Mischung aus Infrastruktur, Unterstützung und Netzwerken ermöglicht. Diese kreativen Ökosysteme sind aufgrund der Digitalisierung zwar weltweit miteinander verbunden, doch oft sind sie an bestimmten Orten verankert, wobei in bestimmten Städten und Regionen jene Identität, jene Energie und jener Austausch herrschen, die kreatives Handeln möglich machen.

Die erfolgreichsten kreativen Ökosysteme sind durch gemeinsame Werte geprägt. Sie zeichnen sich beispielsweise durch eine eigene, lokale (oft durch eine Stadt geprägte) Identität aus, die den kulturellen Kontext der kreativen Produktions- und Verbrauchsprozesse bildet. Außerdem handelt es sich dabei um integrative Umgebungen, in denen den zunehmend interkulturellen Nachwuchstalenten der jeweiligen Stadt der Weg in die Kreativwirtschaft offensteht und im Hinblick auf Geschlecht und Alter Gleichberechtigung herrscht. Zudem wird in erfolgreichen kreativen Ökosysteme bereichsübergreifend zusammengearbeitet, wobei unterschiedliche Branchen, Gestaltungsweisen und Technologien dazu beitragen, dass neue Arbeitsweisen geschaffen werden und somit neue Produkte und Dienstleistungen entstehen. Die Kreativwirtschaft floriert im Allgemeinen deswegen, weil sie bedeutungsvolle Güter und Dienstleistungen erzeugt. Daher ist sie auf bedeutsame Beziehungen angewiesen, die an jenen Orten und in jenen Räumen entstehen, die großen Symbolcharakter haben.

Im Rahmen unserer Arbeit innerhalb und außerhalb Europas haben wir **fünf grundlegende Bausteine** starker, inklusiver und nachhaltiger kreativer Ökosysteme ermittelt:

- 1) **Kunst und Kultur stehen im Mittelpunkt.** Die Kreativwirtschaft beruht auf den Ideen, Ansichten und Inhalten im Bereich Kunst und Kultur. Die Kunst- und Kulturwirtschaft ist auch in der Lage, kreative Talente anzuziehen und zu inspirieren, wodurch eine betreute Umgebung des kulturellen Dialogs entsteht und kreative Verfahren mit einer sozialen und kritischen Perspektive unterstützt werden. Kunst- und Kulturorganisationen werden immer mehr zu Herstellern, die die Kunst mit der eher gewerblich ausgerichteten Kreativwirtschaft zusammenführen, Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten in Auftrag geben und gemeinsame Produktions- und Vorstellungsräume zur Verfügung stellen. *Das Pervasive Media Studio¹ im „Watershed“ (einem Kulturkino und Zentrum für digitale Kreativität) in Bristol, in dem Kunstschaffende, Wissenschaftler, kreative Köpfe und Techniker gemeinsam neue Arbeitsweisen erkunden, sowie das Quartier de la Création in Nantes², in dem Kulturorganisationen den Dreh- und Angelpunkt der wachsenden Gemeinschaft der Kreativunternehmen der Stadt bilden, sind gute Beispiele dafür.*
- 2) **Universitäten werden als Schlüsselemente betrachtet.** Kreative Ökosysteme florieren, wenn Universitäten offen sind und durch Zusammenarbeit einen Mehrwert schaffen, indem sie Talente, Fachwissen und Technologie bereitstellen. Derartige Universitäten erzeugen einen „Aufwind“, indem sie die kreativen Ökosysteme mit Talenten versorgen, die sowohl vor als auch nach ihrem Studienabschluss wiederum von der Zusammenarbeit mit Unternehmen der Kreativwirtschaft profitieren, indem sie die Forschung gemeinsam mit der Industrie – nicht für die Industrie – vorantreiben und indem sie Einrichtungen mit besonderer Zweckbestimmung wie Inkubatoren, Start-up-Beschleuniger und maßgeschneiderte Forschungszentren

¹ <http://www.watershed.co.uk/studio/>

² <https://www.creativefactory.info/>

schaffen. Das *UPTEC Creative Industries Center an der Universität Porto*³ und das *Veranstaltungszentrum Kasárne/Kulturpark in Košice*⁴ können hierfür als Beispiele genannt werden.

- 3) **Sie sind von Interdisziplinarität und Vermittlung geprägt, und zielgerichtete Kontakte stehen im Vordergrund.** Die besten kreativen Ökosysteme beruhen auf verschiedenartigen, vertrauensvollen Partnerschaften, von denen manche formell und manche informell sind. Sie sind gut vernetzt und verfügen über sichtbare Aktivitätsspitzen (z. B. Coworking-Räume und Festivals). Sie sorgen für die Verknüpfung der Kreativwirtschaft mit anderen Branchen und beruhen auf gemeinsamen staatsbürgerlichen und/oder gesellschaftlichen Werten. Dies geschieht nicht durch Zufall – jedes Ökosystem verfügt über vertrauenswürdige Vermittler wie zum Beispiel Kunst- und Kulturmanager, spezialisierte Agenturen für die Entwicklung der Kreativwirtschaft und natürlich die Akteure und Verantwortlichen in den Unternehmen der Kreativwirtschaft. Dadurch werden Ökosysteme verständlicher, zugänglicher, effizienter und produktiver, da den Einzelpersonen der Weg zur Zusammenarbeit mit den Partnern, im Rahmen derer die größte Wertschöpfung erzielt wird, aufgezeigt wird und sie (z. B. über Aufträge) Anreize dafür erhalten. Kreative Ökosysteme florieren, wenn einander ergänzende Kompetenzen und Interessen zusammengeführt werden. *Dies ist beispielsweise bei der Agentur Creative Quarter*⁵ *in Nottingham und dem Oulu Game Campus*⁶ *der Fall, die sich im Bereich Vernetzung engagieren.*
- 4) **Materielle und digitale Plattformen werden kombiniert, wodurch die lokale und die globale Dimension miteinander verschmelzen.** In kreativen Ökosystemen herrscht ein Gleichgewicht zwischen lokalen Kontakten und dem Zugang zu internationalem Wissen, internationalen Kompetenzen und internationalen Märkten. Coworking-Räume, die europaweiten Wissensaustauschprogrammen angehören, gemeinsame Forschungsprogramme und internationale Festivals tragen zu einem offenen Dialog über kulturelle Grenzen und physische Distanzen hinweg bei. *Dies zeigt sich an der Arbeit des European Creative Business Network*⁷ *und des European Creative Hubs Network*⁸, *über die Plattformen und Agenturen für die Unterstützung der Kreativwirtschaft in der gesamten Europäischen Union miteinander verknüpft sind.*
- 5) **Sie sind großzügig, integrativ, offen, mitreißend und stets in Bewegung.** Kreative Ökosysteme sind agil, anpassungsfähig und stets im Fluss. Sie reagieren nicht nur auf Veränderungen, sondern bewirken sie, indem sie Möglichkeiten für neue Akteure schaffen und Tätigkeiten fördern, mit denen etwas bewirkt wird, z. B. in den Bereichen Umweltschutz und Vielfalt. *In ganz Europa sind kreative Ökosysteme wesentlich für progressive Tätigkeitsgemeinschaften, die Veränderungen bewirken können.*

Dr. Tom Fleming ist der Direktor von Tom Fleming Creative Consultancy – dem führenden Beratungsunternehmen im Bereich Kreativwirtschaft und Kultur, das Forschung und Politikgestaltung zusammenführt:

Tom Fleming

Regisseur

Tom Fleming Kreative Beratung

www.tfconsultancy.co.uk

@tfconsultancy

³ <http://uptec.up.pt/en/corporate/uptec/creative-industries-center>

⁴ <http://www.k13.sk/>

⁵ www.creativequarter.com

⁶ <http://www.pelikampus.com/>

⁷ <http://ecbnetwork.eu/>

⁸ <http://creativeconomy.britishcouncil.org/blog/16/02/24/european-creative-hubs-network-innovative-models-s/>

Ein Wendepunkt für das Programm „Kreatives Europa“

Das Programm „Kreatives Europa“ ist erforderlich, um die Ziele im Hinblick auf den Austausch von Kunstschaffenden, kreativen Köpfen und Kunstwerken, die Wertsteigerung und Gründung von Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft, die Internationalisierung der beruflichen Laufbahnen und Partnerschaften, die Wettbewerbsfähigkeit und die Förderung der kulturellen Vielfalt und des materiellen und immateriellen Kulturerbes zu verwirklichen. Dabei sind jedoch Schwierigkeiten zu bewältigen, die den Zugang zu dem Programm insbesondere für kleine Akteure umständlich und frustrierend machen. Angesichts der Verwaltungsangelegenheiten, der bürokratischen Hürden und der unzureichenden Transparenz sind die Überarbeitung der Bewertungskriterien, die Neuausrichtung des Programms auf die Qualität der Vorschläge im Kulturbereich sowie die Förderung der Integration mit anderen Programmen erforderlich.

Das Jahr 2017 markiert die Hälfte der Laufzeit des Programms „Kreatives Europa“; es befindet sich also in einer Überprüfungsphase. Daher soll ein Halbzeitbericht verfasst werden, mit dem die Kommission unabhängige externe Prüfer betraut hat und den sie dem Parlament und dem Rat am 21. Dezember vorlegen soll. Inzwischen hat der Verwaltungsausschuss, dem die Kommission und die Mitgliedstaaten angehören, das Programm für 2018 verabschiedet, das ausführliche Ausschreibungen und Mittelzuweisungen umfasst. In der neuen Ausgabe des Programms werden die allseits erwarteten Neuerungen zur Geltung kommen. Es ist darauf hinzuweisen, dass wir im Hinblick auf die Ausarbeitung des Garantiefonds für Darlehen erst am Beginn stehen. Über den Europäischen Investitionsfonds sollen damit 122 Mio. EUR für ausgewählte Finanzintermediäre bereitgestellt werden, um Akteuren im Kultur- und Kreativbereich sowie im audiovisuellen Bereich den Zugang zu Finanzierungen mit günstigen Zinsen zu ermöglichen, ohne dass sie auf persönliche Bürgschaften zurückgreifen müssen. Das Parlament beschäftigt sich mit der komplexen Aufgabe der umfassenden Überarbeitung des digitalen Bereichs, der alle Branchen der Kulturwirtschaft und insbesondere den Medienbereich betrifft, um ihn von den anderen Bereichen zu trennen – wenigstens im Hinblick auf dringend zu treffende Entscheidungen.

„Kreatives Europa“ ist das einzige Programm der Europäischen Union, das direkt auf die Kultur- und Kreativwirtschaft sowie auf den audiovisuellen Bereich ausgerichtet ist; es umfasst heute 39 Länder und verfügt für den Zeitraum 2014–2020 über Mittel in Höhe von 1,5 Mrd. EUR. Die Haushaltsmittel für das Programm sind im Laufe dieser sieben Jahre um 9 % gestiegen, machen aber kaum 0,15 % des EU-Haushalts aus. Zwischen 2016 und 2017 hat das Parlament die Halbzeitbewertung des Programms durchgeführt, in deren Rahmen es auf die zu lösenden Probleme sowie auf die hervorzuhebenden Stärken hinwies. Die Kommission und die Mitgliedstaaten wurden nachdrücklich aufgefordert, für eine solide Ergänzung der Mittel zu sorgen, bei der den Zielvorgaben des Programms Rechnung getragen wird.

Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Kulturerbe sind ein Bereich, in dem immer mehr neue Arbeitsplätze sowie Innovationen, Kompetenzen, soziale Inklusion und Kulturtourismus entstehen. Außerdem stellen die Kultur- und Kreativwirtschaft sowie der audiovisuelle Bereich bereits mehr als 5 % des BIP in Europa dar, wobei diese Zahl auf 12 % anwächst, wenn auch die Bereiche Mode und Werbung dazugezählt werden, in denen es mit 12 Millionen Arbeitsplätzen zweieinhalbmal so viele Arbeitsplätze gibt wie in der Automobilbranche. Die große Quantität und Qualität der vorgestellten Projekte veranschaulicht die enorme Vitalität der Branche, die – insbesondere im Teilbereich Kultur – vor allem aus nicht gewinnorientierten Einrichtungen sowie aus kleinen und mittleren Unternehmen und Kultureinrichtungen und -vereinen besteht. Um die Internationalisierung ihrer beruflichen Laufbahnen voranzutreiben, werden alle Akteure im Hinblick auf die Herausforderung der Digitalisierung, den Erwerb neuer Kompetenzen, die Schaffung von Kooperationsnetzwerken, die Mobilität von Kunstschaffenden und Kulturgütern zur Förderung von Koproduktionen und europäischen Netzen von Fachleuten und den Ausbau der industriellen Kapazität der audiovisuellen Branche in Europa unterstützt.

Durch „Kreatives Europa“ wurden drei Programme des vorangegangenen Siebenjahreszeitraums (Kultur, MEDIA und MEDIA Mundus) in einem einzigen Programm mit gemeinsamen allgemeinen Zielen zusammengefasst, das dennoch zwei Teilprogramme und einen bereichsübergreifenden Strang umfasst. Dabei war es der Grundgedanke, die gemeinsamen Elemente im Kultur- und Kreativbereich sowie im audiovisuellen Bereich und insbesondere ihren Beitrag zu intelligentem, nachhaltigen und integrativem Wachstum zu würdigen. Die Geltungskraft dieser Wahl wird durch die Wirtschaftsdaten der Branche, die kontinuierlich schneller wächst als die Gesamtwirtschaft, und durch die

übergreifende Dimension der Kultur, die für den sozialen Zusammenhalt und die Außenpolitik der Union von Bedeutung ist, bestätigt. Trotz der Zusammenfassung der Bereiche „Kultur“ und „Medien“ im Rahmen eines einzigen Programms und die zusätzliche Einführung eines übergreifenden Aspekts wurden im Hinblick auf die Integration der verschiedenen Branchen und Projekte jedoch noch nicht die erwarteten Ergebnisse erzielt. Das Programm „Kreatives Europa“ leidet unter seinem eigenen Erfolg: Das Verhältnis zwischen eingereichten und genehmigten Anträgen ist sehr unausgewogen, da die Erfolgsrate im Teilbereich „Kultur“ bei nur 16 % und im Teilbereich „Medien“ bei 32 % liegt. Im Zeitraum 2014 bis 2015 wurden im Teilbereich „Kultur“ 351 von 1 691 eingereichten Projekten und im Teilbereich „Medien“, bei dem automatische Kriterien für die Vergabe eingesetzt werden, 4 494 von 8 471 eingereichten Projekten finanziert.

Für das Maßnahmenprogramm von „Kreatives Europa“ für den anstehenden Zeitraum 2017–2020 hat das Parlament Verbesserungen im Hinblick auf die Verwaltung des Programms und die Kriterien für die Bewertung der Projekte vorgeschlagen, um es zugänglicher, einfacher und transparenter zu machen, dafür zu sorgen, dass alle Bereiche sowie kleine und große Akteure unterstützt werden können und ein Gleichgewicht zwischen kleinen und großen Staaten zu fördern. Das Ziel ist es nach wie vor, dem Ehrgeiz gerecht zu werden, dass Europa auf der internationalen Kulturbühne eine wichtige Rolle zukommt, und die Kreativität der jungen Europäer, der Akteure und der historischen Einrichtungen, die die Wurzel des Kontinents bilden, zu fördern. Gleichzeitig wurden Ausschreibungen, die auf den sozialen Zusammenhalt, auf Einwanderer und auf Flüchtlinge ausgerichtet sind, sehr stark begrüßt. Es wird erforderlich sein, die Ausrichtung des Programms auf die Qualität und den künstlerischen Wert der Vorschläge im Kulturbereich zu verlagern, anstatt, wie es bisweilen zu sein scheint, nur den wirtschaftlichen Wert in den Mittelpunkt zu rücken, und damit die Integration mit anderen Programmen und die Ermöglichung von Partnerschaften mit Ländern außerhalb Europas, insbesondere mit jenen im Mittelmeerraum, zu fördern, und zwar angesichts der neuen Strategie für Kulturdiplomatie und des Europäischen Jahres des Kulturerbes, das das Parlament für das Jahr 2018 eindringlich gefordert hat. Es könnte beispielsweise mehr unternommen werden, um die Synergieeffekte zwischen dem Programm „Kreatives Europa“ und einigen anderen mehrjährigen Programmen wie Erasmus+ und Horizont 2020 zu stärken. Forschung, Innovation und Kultur müssen unbedingt miteinander in Verbindung stehen, und auch Innovationen in kleinen und mittleren Unternehmen der Kulturwirtschaft sind unerlässlich.

Silvia Costa MdEP

Mitglied des Ausschusses für Kultur und Bildung

Kultur und Bildung

Berichterstatterin "Auf dem Weg zu einem die EU - Strategie in der Beziehung kulturelle Veranstaltungen "

S & D (Italien)

silvia.costa@europarl.europa.eu

Kultur in den Außenbeziehungen der EU – für eine kreative Diplomatie

Die Außenbeziehungen stellen weiterhin eine Herausforderung für die EU dar, obwohl in der vorgenommenen Überarbeitung des EU-Vertrags festgestellt wird, dass internationale Probleme wirksamer bewältigt werden könnten, wenn die diplomatischen Ressourcen gebündelt und der EU Befugnisse in der Außenpolitik übertragen würden.

In Artikel 167 Absatz 3 des Vertrags von Lissabon werden die EU und die Mitgliedstaaten aufgefordert, im Kulturbereich die Zusammenarbeit mit Drittstaaten und internationalen Organisationen zu fördern.

Aufgrund der unterschiedlichen geschichtlichen Hintergründe der Mitgliedstaaten kommen der EU Glaubwürdigkeit und eine besondere Verantwortung im Hinblick auf globales Engagement zu. Ein neues internationales Gefüge könnte Nutzen ziehen aus den Erfahrungen Europas mit dem unzureichenden Umgang mit kulturellen Wertvorstellungen und damit, unterschiedliche nationale Interessen im Hinblick auf gemeinsame Ziele in Einklang zu bringen.

In dieser Hinsicht könnte die Frage gestellt werden, ob man den diplomatischen Bemühungen der EU nicht besser gerecht würde, wenn ein größeres Augenmerk auf die Kultur gelegt würde, damit Fragen im Zusammenhang mit dem Ansehen der EU, der Konfliktverhütung, dem gegenseitigen Verständnis oder der Bekämpfung des Terrorismus besser angegangen werden können.

Der kulturelle Austausch außerhalb der EU liegt in erster Linie bei den Nationalstaaten, da die Kulturpolitik im Wesentlichen nach wie vor auf einzelstaatlicher Ebene geregelt wird⁹. Die Förderung von Sprachen, Schüler- und Studierendenaustauschprogramme und prestigeträchtige künstlerische Veranstaltungen zeugen von intensiven bilateralen Beziehungen; oftmals dient dies der Festigung lukrativer Handelsabkommen und politischer Bündnisse. Die Außenbeziehungen sind wahrscheinlich der Bereich, in dem die Kultur sowie Künstler am stärksten für einzelstaatliche politische und handelspolitische Ziele sowie im Hinblick auf „Markenzeichen“ instrumentalisiert werden.

Auf Ebene der EU beschränken sich Tätigkeiten im kulturellen Bereich oftmals auf die Expats-Gemeinschaften¹⁰. Man könnte argumentieren, dass dies auf der Hand liege, da es keine europäische kulturelle Identität gibt, die man fördern könnte. Andererseits werden Kunst und Kultur zunehmend als Elemente angesehen, die großen Einfluss auf die Außenbeziehungen der EU haben können, und zwar im Hinblick darauf,

- die EU als eine Gemeinschaft unterschiedlicher Kulturen und Sprachen, die wesentliche gemeinsame Werte teilen, zu fördern.
- außerhalb der EU ein Ansehen der EU als kreative Macht und nicht nur als wirtschafts- und (im Schwinden begriffene) handelspolitische Macht aufzubauen.
- Studenten und Talente von außerhalb der EU anzuziehen, die langfristige Beziehungen mit den Führungspersonlichkeiten von morgen aufbauen.
- künstlerische und kreative Zusammenarbeit zur Bewältigung nationaler Stereotypen zu fördern.
- die Geschäftsmöglichkeiten für die hervorragenden kulturellen Einrichtungen und der Kreativwirtschaft der EU zu erhöhen, indem nach alternativen Finanzierungsmöglichkeiten und neuen Märkten gesucht wird.
- starke zwischenmenschliche Verbindungen und gegenseitiges Verständnis zwischen den Nationen und Gesellschaften, die ein gemeinsames Ziel verfolgen, aufzubauen.

Es ist wesentlich, die Verbindungen zwischen nationalen Kultureinrichtungen zu stärken und die Ressourcen im Interesse der Wirksamkeit und echter Einflussnahme zu bündeln.

⁹ Vgl. Studie von KEA mit dem Titel [„European Cultural Institutes Abroad“](#), erstellt für den CULT-Ausschuss des Europäischen Parlaments, 2016.

¹⁰ Vgl. Studie von KEA mit dem Titel [„Film Festivals at EU Delegations“](#), erstellt für die GD CNECT der Europäischen Kommission, 2015.

Jedoch werden mit diesem Faktor die Mitgliedstaaten wahrscheinlich weniger leicht zu überzeugen sein, dass Kultur im Bereich der Außenbeziehungen der EU, die über die Umsetzung der UNESCO-Übereinkommen hinausgeht, von Bedeutung ist¹¹.

Kulturakteure liefern Ideen und mitreißende Konzepte, die die Wirksamkeit der Diplomatie erhöhen. Sie haben Recht damit, sich für kulturelle Investitionen zur Verbesserung der Außenbeziehungen und zur letztendlichen Verwirklichung der Ziele der EU (einschließlich im wirtschaftlichen Bereich und im Handelsbereich¹²) auszusprechen. Nun müssen sie die Umstände schaffen, die mehr Kultur in den Außenbeziehungen der EU rechtfertigen, und zwar nicht nur indem sie zusätzliche Mittel fordern – die in Zeiten von Haushaltsbeschränkungen vielleicht nicht bereitgestellt werden können – sondern auch, indem sie kulturelle Fragen zu einem festen Bestandteil der Gestaltung der auswärtigen Politik der EU machen. Kulturakteure sollten sich für einen Kapazitätsaufbau auf der Ebene der EU aussprechen, an dem Interessenträger aller Politikfelder beteiligt werden, damit künftig Konsultationen möglich sind.

Unser kultureller Diskurs muss sich dahingehend wandeln, dass Kultur als Motor für wirtschaftlichen Austausch und Handelsaustausch, soziale und technologische Innovationen und städtische Entwicklung angesehen werden, die wesentliche Elemente der gegenwärtigen Außenbeziehungen darstellen. Heutzutage kommt ein Großteil des kulturellen Austauschs über Technologie und Unterhaltung zustande; daran sind die Medien und Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft in kreativen Gründerzentren und Kulturregionen beteiligt. Außerhalb Europas wird unser Kontinent als beispielhaft im Bereich der Förderung von Exzellenz in unseren kreativen Kräften und der Wertschätzung unseres Erbes und gleichzeitig als offen für den Austausch angesehen. Kulturelle Inhalte aus der EU werden ebenso stark nachgefragt wie die Werkzeuge, die zur Förderung unterschiedlicher kultureller Ausdrucksformen und Identitäten genutzt werden.

Um die Kultur erfolgreich in die Außenbeziehungen der EU zu integrieren, schlage ich Folgendes vor:

1. Ein umfassendes Konzept in Bezug auf die „Kulturakteure“ zu verfolgen, das unter anderem Künstler, Fachleute aus dem Kreativbereich, kulturelle Einrichtungen, Stiftungen, Universitäten und Unternehmen aus der Kultur- und Kreativwirtschaft umfasst.
2. Handelsverhandlungen und Abkommen über geistiges Eigentum in die Außenbeziehungen aufzunehmen. Diese haben wesentliche Auswirkungen auf die Vielfalt des kulturellen Angebots, indem sie den Zugang zu den „Märkten“ beeinflussen und die Verhandlungsposition der Kreativschaffenden gegenüber den Nutzern stärken. Dies ist von Bedeutung, da die EU im Wesentlichen ein Wirtschaftsprojekt darstellt, dessen Einrichtungen deren Wettbewerbsfähigkeit weltweit verteidigen.
3. Sich dafür einzusetzen, dass die Kultur eine Vorreiterrolle in der technologischen Revolution einnimmt und dass Europa als einer der wichtigsten Erzeuger kultureller Inhalte im weltweiten virtuellen Austausch unter den Bürgern präsent sein muss. Wie der Arabische Frühling gezeigt hat, finden auswärtige Beziehungen im selben Ausmaß auf interaktiven, partizipativen digitalen Plattformen statt, die kreative Inhalte nutzen, wie in Botschaften.
4. Zu beweisen, dass die Förderung von Kreativität und Talenten ein wichtiges Mittel zur Förderung der Meinungsfreiheit und des interkulturellen Dialogs, der über Handelsinteressen und Interessen der Nationalstaaten hinausgeht, darstellt.

Ehrgeizige Projekte, die der kollaborativen Natur des europäischen Projektes Rechnung tragen, sollten gefördert werden; gleichzeitig erfordert die Globalisierung, dass lokale Identitäten, kulturelle Ausdrucksformen und kulturelle Produktionen berücksichtigt werden.

¹¹ Unesco-Übereinkommen von 2005 zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen.

¹² So zielt z. B. das zwischen der EU und den Cariforum-Staaten abgeschlossene Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) darauf ab, den Handel mit kulturellen Dienstleistungen zu erleichtern, indem die Bedingungen für den Zugang zum Markt für Dienstleistungsanbieter im Unterhaltungsbereich aus den Cariforum-Staaten verbessert werden. Es umfasst einen neuen Mechanismus, das Protokoll über kulturelle Zusammenarbeit, mit dem Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit im Bereich der Förderung des kulturellen und audiovisuellen Austauschs festgelegt werden.

Eine „Öffnung des Dialogs“ reicht nicht aus. Die Kraft der globalen Mächte sollte dazu beitragen, dass die kreativen Kapazitäten, die Bürger weltweit in bahnbrechender Weise teilhaben zu lassen, genutzt werden können. Modedesigner, Architekten, Köche, Musiker, Schriftsteller, Filmschaffende, Maler und Dichter leisten ihren Beitrag zum Projekt Europa als kreativer Kontinent. Bildung und kulturelles Erbe machen die europäischen Städte zu überaus attraktiven Zielen für Tourismus sowie im Bereich des Lernens. Europa dient nicht der Erreichung eines Ziels, sondern stellt einen Lebensstil dar. Dies ist der wichtigste Grund, aus dem die Diplomatie der EU die Kultur braucht. Die jüngst angenommenen Schlussfolgerungen des Rates zu einem strategischen Ansatz der EU für internationale Kulturbeziehungen stellen einen entscheidenden Schritt dar. Es ist höchste Zeit für die europäische Diplomatie, die hervorragenden kulturellen Ressourcen des Kontinents optimal zu nutzen.

Philippe Kern

Direktor-KEA European Affairs

www.keanet.eu

EUROPE DER FORSCHUNG

Benjamin Franklin sagte einst: „Eine Investition in Wissen bringt immer noch die besten Zinsen“. Mit diesem Zitat lässt sich der derzeitige Stand der Dinge um Forschung und Innovation in Europa äußerst treffend beschreiben: Wir wissen, dass eine Investition in das Streben nach wissenschaftlichen Erkenntnissen einen Nutzen für alle bringt.

Dies war mit Sicherheit schon in der Vergangenheit so. Bislang haben sich unsere Investitionen bereits in hohem Maß ausgezahlt. Nehmen wir nur einmal den Europäischen Forschungsrat (ERC) als Beispiel. Dieses Jahr feiern wir sein zehnjähriges Bestehen. In dieser Zeit ist der ERC zu einer Triebfeder der Wissenschaften geworden. Was die Förderung der Grundlagenforschung betrifft, gilt er als weltweit führend. Man kann die eindrucksvollen Statistiken des ERC nur bewundern: Vom ERC geförderte Wissenschaftler haben sechsmal den Nobelpreis, fünfmal den World Prize und viermal die Fields-Medaille gewonnen. Im Rahmen ERC-finanzierter Projekte wurden 100 000 Artikel in wissenschaftlichen Zeitschriften veröffentlicht. Die europäischen Investitionen zahlen sich also ohne Zweifel aus.

Ich bin allerdings der Meinung, dass wir trotz dieser Erfolge unsere Investitionen unbedingt weiter erhöhen müssen. Die wissenschaftliche Forschung hatte jahrhundertlang immer einen besonderen Stellenwert. Es ist jedoch offensichtlich, dass das Modell der wissenschaftlichen Tatsache zunehmend bedroht ist; ihre Bedeutung und ihr Einfluss verlagern sich, und die Wissenschaft wird von ihrem Podest gestoßen. Zum Beispiel wurde vergangenes Jahr das Wort „post-truth“ (zu Dt. etwa: „postfaktisch“) vom Oxford Dictionary zum Wort des Jahres gekürt. Derartige Umstände rauben mir den Schlaf. Die Zukunft birgt viele Herausforderungen: den bevorstehenden Brexit, den Klimawandel und das Erstarken des Populismus in ganz Europa. Die Wissenschaft ist der einzige Weg, wie wir das verloren gegangene Vertrauen zwischen Bürgern und Regierungen wiederherstellen können. Wir dürfen uns also nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen.

In den zweieinhalb Jahren, die ich nun im Amt bin, habe ich die Lücken eindeutig ausgemacht. Keine Frage, wir scheuen nicht davor zurück, in die Schaffung von Wissen zu investieren. Wovon wir uns allerdings scheuen ist, dieses Wissen selbstbewusst nach außen zu tragen. Wir müssen anerkennen, dass wir bescheiden sind, wenn es um unsere wissenschaftlichen Errungenschaften geht. Sie haben möglicherweise gelesen, dass die Vereinigten Staaten und die NASA sieben neue Planeten weit außerhalb unseres Sonnensystems entdeckt haben. Dieses Projekt wurde jedoch von einem europäischen Wissenschaftler geleitet und mit europäischen Geldern finanziert: Der führende Wissenschaftler bei diesem Projekt – Michaël Gillon – stammt aus Belgien und ist an der Universität Lüttich tätig. Die von ihm durchgeführte Forschungsarbeit wurde mit Mitteln des ERC unterstützt. Viele Menschen haben von dieser Entdeckung gehört, aber die wenigsten von der Rolle, die Europa dabei gespielt hat. Das müssen wir ändern.

Eine der größten Errungenschaften der Europäischen Union besteht darin, in die Schaffung des weltweit größten internationalen Forschungsprogramms zu investieren. Es besteht kein Zweifel daran, dass der Investition in das Streben nach Wissen große Bedeutung beigemessen wird. Wir müssen diese Arbeit entschieden fortführen. Das gilt allerdings nicht nur für die finanzielle Unterstützung und den allgemeinen Unterstützungsrahmen. Die Zukunft ist ungewiss. Wir wissen nicht, wie wir all die Herausforderungen, vor denen wir stehen, meistern sollen. Wenn wir aber in das Streben nach Wissen investieren und der Wissenschaft Gehör verschaffen, sind wir bestens gerüstet für jedwede Herausforderung, die uns erwarten mag. Auf diese Weise können wir das Vertrauen zwischen der Europäischen Union und ihren 500 Millionen Bürgern festigen und unsere Rendite vervielfachen.

Carlos Moedas

EU - Kommissar für Forschung, Innovation und Wissenschaft

@Moedas

cab-moedas-contact@ec.europa.hatte

Junge Forscher in Europa

Europa steht vor Veränderungen, die unsere Gesellschaften und unsere Umwelt in beispielloser Geschwindigkeit ergreifen werden. Investitionen in Forschung und Innovation bilden für die EU das zentrale Element, wenn es darum geht, den Wandel in eine intelligente, nachhaltige und integrative Wirtschaft zu vollziehen und einen wichtigen Beitrag zum künftigen Wohlergehen der Gesellschaft zu leisten. Die Zukunft liegt in den Händen der kommenden Generationen. Es wäre eine große Verschwendung, wenn wir das Potenzial der kommenden Forschergeneration nicht nutzen würden und ihnen – auf der Grundlage angemessener Karriereaussichten – nicht die Möglichkeit geben würden, ihr volles Potenzial auszuschöpfen. Die solide Erfahrung und der kompetente Beitrag, die junge Forscher einbringen, sind von großem Wert, nicht nur für die Forschung und Innovation der Zukunft, sondern auch für die europäischen Rechtsetzungsinstanzen, wenn sie eine robuste langfristige Perspektive für die europäische Wissenschaftspolitik festlegen. Wenn wir in die jüngeren Generationen investieren, können wir das so dringend benötigte Humankapital schaffen, das moderne und innovative Gesellschaften zusammenhält und einer der Grundpfeiler für zukünftigen wirtschaftlichen Erfolg auf einem globalen Markt, auf dem der Wettbewerb immer härter wird, darstellt.

Die jüngsten auf EU-Ebene ins Leben gerufenen Initiativen wie die Annahme der „*Bratislava-Erklärung zur Förderung junger Wissenschaftler*“ und die Schlussfolgerungen des Rates vom November 2016 zu „*Maßnahmen zur Unterstützung von Nachwuchsforschern*“ sind begrüßenswert und stellen einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung dar. Es kann jedoch noch mehr getan werden.

COST, das Programm für Europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technologie, blickt auf eine lange Tradition bei der Unterstützung von Wissenschaftlern zurück, die auf dem Verständnis für die Einschränkungen und Hürden fußt, mit denen sich junge Forscher auf ihrem Weg zu einer wissenschaftlichen Karriere Tag für Tag konfrontiert sehen. Derartige Hürden sind oft die Folge kurzsichtiger politischer Entscheidungen oder der nach wie vor starren Strukturen, die an Hochschulen und Forschungseinrichtungen herrschen. Wenn diese Probleme nicht bald in Angriff genommen werden, wird Europa in naher Zukunft in einer äußerst ungünstigen Lage sein, wenn es darum geht, im globalen Wettbewerb um die besten jungen Forscher mitzuhalten.

Mit dem Ziel, diese Hindernisse zu überwinden, bietet COST maßgeschneiderte Vernetzungsinstrumente, etwa Angebote für Kurzaufenthalte von Wissenschaftlern und Fortbildungsveranstaltungen. Dank dieser Instrumente können Forscher bereits zu Beginn ihrer Laufbahn Selbstvertrauen und wertvolle Erfahrungen sammeln, wodurch sie überzeugt werden können, auch für die nächsten Schritte ihrer Karriere in Europa zu bleiben. Programme für kurzfristige Mobilität ermöglichen es ihnen, unter realen Bedingungen neue Arbeitsweisen und Methoden kennenzulernen, ohne dass sie fürchten müssen, ihre Anstellung an der Einrichtung in ihrem Herkunftsland zu verlieren. Das Programm ist geschlechterneutral; außerdem wird den Bedürfnissen junger Eltern Rechnung getragen. Auf diese Weise erhalten junge Forscher Zugang zu etablierten Netzwerken, knüpfen Kontakte zu Kollegen an verschiedenen Einrichtungen und erlangen zusätzliche Fähigkeiten, die ihre Kernkompetenzen ergänzen. Das sind wichtige Faktoren, die ihre berufliche Entwicklung erleichtern und leichter planbar machen. 2016 nahmen mehr als 5 800 junge Forscher an COST-Programmen teil, was bedeutet, dass diese Gruppe mehr als 30 % aller Teilnehmer an COST-Programmen ausmacht.

Auch im nächsten Europäischen Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung, das 2021 anläuft, wird COST weiterhin junge Forscher unterstützen und eine noch breitere Palette an Tätigkeiten bieten. Mit den Forschungsnetzwerken wird es möglich sein, das virtuelle Umfeld und die digitalen Möglichkeiten zu nutzen, wobei auch den Herausforderungen, die sich durch die Digitalisierung der Forschung ergeben, Rechnung getragen wird. Darüber hinaus werden junge Forscher Zugang zu Schulungen für übertragbare Qualifikationen erhalten, mit denen sie ihre Karriereaussichten langfristig verbessern und erweitern können.

Europa steht in der Pflicht, Strategien zu entwickeln, mit denen ein Raum geschaffen wird, in dem junge Forscher sich entfalten und ihr gesamtes Potenzial ausschöpfen können.

Es handelt sich sowohl kurz- als auch langfristig um lohnenswerte Investitionen, mit denen ein Beitrag zum Aufbau widerstandsfähiger und wohlhabender Gesellschaften geleistet wird, die auf Forschung und Innovation gründen und die in der Lage sind, sich an die tiefgreifenden Umwälzungen anzupassen, die sich andeuten oder bereits im Gange sind und die Europa und die ganze Welt verändern werden.

Angeles Rodriguez Peña

Ehemaliger Präsident von COST

(Juni 2007 - Juni 2017)

arodiguez@iib.uam.es

Anforderungen an die Kreativität in einer globalisierten Welt

Lange Zeit und insbesondere während des letzten Jahrhunderts belegte Europa neben den Vereinigten Staaten und einigen anderen Ländern (zum Beispiel Japan und Südkorea) einen Spitzenplatz in den Bereichen Wissen, Forschung und Innovation (Kreativität).

Dass es weiterhin an erster Stelle der Weltwirtschaft steht, ist zum großen Teil auf diese Kapazität zurückzuführen. Die 27 Länder, die in der EU verbleiben, werden im Jahr 2015 22 % des weltweiten BIP ausmachen, und das Vereinigte Königreich 4 %. Weitere europäische Länder, insbesondere die Schweiz, leisten außerdem einen sehr wichtigen Beitrag.

Indessen sehen wir in diesem Jahrhundert, dass andere Länder die Weltbühne betreten. Dabei sind vor allem China und Indien zu erwähnen. Kurioserweise haben diese beiden Länder in vergangenen Jahrhunderten Positionen eingenommen, die wichtiger waren als Europa. Nach den Entdeckungen, die mit den portugiesischen Seefahrern ihren Anfang genommen hatten, stellte sich der Austausch aber so dar, dass von dort Industrieprodukte von höherem Niveau eingeführt wurden, was seinerzeit für Textil- und Keramikerzeugnisse galt (die von Europa nach Asien ausgeführten Produkte waren weniger anspruchsvoll). Im Jahre 1820, d. h. vor weniger als 200 Jahren, gingen auf China und Indien 42,1 % des weltweiten BIP zurück.

Seither ging ihre Bedeutung deutlich zurück. Noch im Jahr 2004 erwirtschafteten sie beispielsweise nur 6 % des weltweiten BIP (China 4 % und Indien 2 %).

Aber in den letzten Jahrzehnten war ein beträchtliches Wachstum neuer Mächte festzustellen, insbesondere China und Indien. In den vergangenen zwölf Monaten wuchsen sie um 6,5 % bzw. 7,6 %. Dabei handelt es sich um ein Wachstum, das auf verschiedene Faktoren zurückzuführen ist. So verfügen sie über billigere Arbeitskräfte. Allerdings müssen wir immer mehr den Wettbewerb mit Ländern bestehen, die sehr große Investitionen in wissenschaftliche Forschung und Technologie tätigen.

Beim Blick auf die derzeitigen Zahlen im Zusammenhang mit F&E können wir feststellen, dass nach den Vereinigten Staaten mit 457 Milliarden Dollar bereits China mit 211,9 Milliarden Dollar rangiert. Danach folgen Japan mit 164,9, Deutschland mit 109,9, Frankreich mit 63,8, Südkorea mit 60,5, das Vereinigte Königreich mit 50,8 und Brasilien mit 39,7. Der Wert für Indien ist mit 18,3 sehr viel geringer.

Hier geht es um Wettbewerbsfähigkeit, die dazu führt, dass das Euro-Währungsgebiet weiterhin – sogar mit einem Anstieg in jüngster Zeit – den weltweit größten Überschuss von 403,9 Milliarden Dollar in der Zahlungsbilanz aufweist. Das ist sehr viel mehr als das Doppelte des Überschusses von China in Höhe von 170,1. Das Defizit der Vereinigten Staaten in Höhe von 481,2 Milliarden steht dazu in krassem Gegensatz.

Dabei muss man sich aber der Tatsache bewusst sein, dass diese Situation nur weiter anhält, wenn Europa nicht nachlässt, stark auf Wissen, Forschung und Innovation – und damit im Grunde auf Kreativität – zu setzen und die Linie weiterzuverfolgen, die angesichts der Erfahrungen aus jüngster Zeit durchaus ein gangbarer Weg ist. Man sollte neben den öffentlichen Investitionen in F&D auch den Investitionen, die von Unternehmen, insbesondere von großen Unternehmen, getätigt werden, große Bedeutung beimessen. Der Beitrag der 100 bedeutendsten Unternehmen in dieser Hinsicht lässt sich wie folgt darstellen: 27 % durch Unternehmen der Europäischen Union, 38,6 % durch Unternehmen der Vereinigten Staaten, 14,4 % durch Unternehmen Japans und 7,2 % durch Unternehmen Chinas.

Manuel Porto

Portugal

ELDR (1989-1996)

PPE-DE (1996-1999)

mporto@fd.uc.pt

Universität Zagreb

Sie sind Bürger jenes Landes, das aus chronologischer Sicht das jüngste Mitglied der großen Familie der Europäischen Union ist. Doch das Interesse, der Enthusiasmus und das Wissen, die ich während meiner Treffen mit Studierenden und Lehrenden an der ältesten und renommiertesten Universität Kroatiens miterleben durfte, sind der Beweis dafür, dass die Integration bereits Wirklichkeit geworden ist. Die weltbekannte Universität Zagreb mit ihren 28 Fakultäten und zahlreichen beeindruckenden Lehrgängen war schon immer überaus bestrebt, Synergien zu nutzen und mit anderen Universitäten und internationalen Einrichtungen zusammenzuarbeiten. Vor diesem besonders positiven und dynamischen Hintergrund fand auch mein Besuch im Rahmen des Programms „EP to Campus“ statt – übrigens nur wenige Tage nach den Feierlichkeiten in Rom zum 60. Jahrestag der Verträge, mit denen das Projekt Europa begründet wurde. Dieser Jahrestag war für die Entscheidungsträger der 27 Mitgliedstaaten eine wichtige Gelegenheit, um eine Bestandsaufnahme vorzunehmen und neue, gemeinsame Herausforderungen vereint anzugehen.

Meine Diskussion mit den Studierenden in einem zum Bersten gefüllten Hörsaal war ein wahrhaft stimulierendes Erlebnis: Gemeinsam mit den zuständigen Dozenten Zvonimir Šafranko und Kosjenka Dumančić sprach ich über die Rolle der Europäischen Union als autonome Akteurin auf der internationalen Bühne, wobei die Gespräche natürlich von den aktuellen europapolitischen Ereignissen beeinflusst wurden, durch die einige Aspekte dieser Rolle geändert und neu definiert werden. In unserer Diskussion mit den Studierenden der Fakultät für Rechtswissenschaften behandelten wir den Rechtsrahmen für die Maßnahmen der EU als autonome Einrichtung und das schwierige Gleichgewicht zwischen den außenpolitischen Forderungen der 27 Mitgliedstaaten und den gemeinsamen Anliegen.

Bei einer weiteren Veranstaltung am „Europe Point“ der Fakultät wiederum beschäftigten wir uns mit Themen, die eher mit den Ereignissen der vergangenen Monate zusammenhängen, und zwar insbesondere mit den Herausforderungen, vor denen wir angesichts des veränderten internationalen Umfelds stehen. Bei einer Diskussion, die von der Beteiligung der Studierenden und von der Interaktion mit ihnen geprägt war, sprachen wir unter anderem über Präsident Trump, den Brexit, Populismus und Einwanderung.

Auch mein Gespräch mit der Redaktion der Fakultätszeitung war äußerst interessant. Wir sprachen über die Arbeitsweise des Europäischen Parlaments angesichts der rechtlichen Änderungen der letzten Zeit sowie eher allgemein über die Rolle und die Alltagsgeschäfte der Mitglieder des Europäischen Parlaments während ihrer Amtszeit in Brüssel und Straßburg.

Mein Besuch in Zagreb, das zu dieser Jahreszeit besonders schön ist, war eine wundervolle Erfahrung. Ich hoffe, auch angesichts der Atmosphäre, die bei meinen Gesprächen mit den Studierenden in Zagreb herrschte, dass unsere Europäische Union auf der Grundlage der Gemeinsamkeit und Mitwirkung einen neuen Frühling erleben kann. Was vor 60 Jahren noch der ehrgeizige und weitblickende Traum der Gründerväter war, ist heute zu einer konkreten Wirklichkeit geworden, die gestärkt und verbessert werden muss, die aber auch jahrzehntelang für Frieden, Wohlstand und Entwicklung gesorgt hat.

Alessandro Battilocchio

PSE, Italien (2004-2009)

sindacobattilocchio@libero.it

Programm in Aveiro

Aveiro ist eine antike Stadt in Portugal, südlich von Porto. Die Universität Aveiro, an der heute mehr als 13 000 Studierende und mehrere hundert Professoren studieren und lehren, wurde 1973 gegründet. Mein Gastgeber Professor Luis Mota hält ein Seminar auf Englisch im Fach Internationale Studien. Am ersten Tag meines Besuchs in Aveiro wurde ich eingeladen, am Nachmittag sein Seminar zu besuchen. Anstatt der ursprünglich geplanten Dauer von einer Stunde dauerte es zweieinhalb Stunden, da die Studierenden Dutzende Fragen stellten. Alle sprachen gut Englisch, und einer von ihnen war Erasmus-Student aus Litauen.

Sie waren sehr gut über die Struktur und Probleme der Europäischen Union informiert. Wir sprachen unter anderem über die unterschiedlichen Rollen des Parlaments, des Rates und der Kommission, den Brexit, die Bedeutung des Erasmus-Programms und das Konzept der „EU der verschiedenen Geschwindigkeiten“. Die Studierenden stellten auch ein paar „unangenehme“ Fragen zur politischen Lage in meinem Heimatland Ungarn, die ich versuchte, zu beantworten. Ich sprach über die zahlreichen Möglichkeiten, ein Stipendium beim Parlament, bei der Kommission (wo ich auch arbeitete) und bei den Hauptniederlassungen der europäischen politischen Fraktionen zu erlangen.

Am nächsten Tag besuchte ich das Europe-Direct-Informationszentrum, wo ich einige Studierende traf, die vorbeikamen, da das Informationszentrum aktiven Kontakt mit der Universität pflegt. Das relativ kleine, aber gut ausgestattete Zentrum bietet einiges für jene, die an EU-Angelegenheiten interessiert sind. Und wie mir schien, sind viele Menschen in Aveiro sehr daran interessiert...

Am Nachmittag nahm ich an der Veranstaltung teil, die den wichtigsten Punkt des Programms meines Besuchs darstellte. Die Fakultät für Politik- und Sozialwissenschaften veranstaltete eine Konferenz zum Thema „Das Reflexionspapier zur sozialen Dimension Europas“ und generell zur Sozialpolitik der EU. Das „Reflexionspapier“ der Kommission wurde am 26. April veröffentlicht; dies war also eine der ersten Gelegenheiten, bei einer öffentlichen Veranstaltung darüber zu diskutieren. Neben mir waren Sofia Colares Alves, Leiterin der EU-Vertretung in Portugal, und Mafalda Guerreiro, Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Portugals, Podiumsteilnehmerinnen. Bei den drei Rednern wurde eine gute Auswahl getroffen. Sofia Colares Alves vertrat die offizielle Linie der Kommission und gab einige informative Details. Die Kommunistin Mafalda Guerreiro kritisierte die „auf große Unternehmen ausgerichtete“ EU-Politik scharf, da ihre Partei einen eher euroskeptischen Standpunkt vertritt (anders als die sehr proeuropäische ungarische Linke).

Ich versuchte, hervorzuheben, dass eine der drei von der Kommission vorgeschlagenen Möglichkeiten eine ziemlich fortschrittliche Idee darstellt, während die anderen beiden Möglichkeiten, die die soziale Dimension – etwa im Hinblick auf die Freizügigkeit oder die Möglichkeit für die Mitgliedstaaten, bestimmte Elemente ihrer Sozialpolitik „à la carte“ zu wählen – einschränken, eher gefährliche Ideen darstellen. Durch das Fehlen einer soliden gemeinsamen Sozialpolitik wird die Unterstützung der Öffentlichkeit für unser gemeinsames europäisches Projekt untergraben, und die extremistischen und populistischen Bewegungen werden gestärkt. Das Publikum war sehr aktiv, und trotz unserer verschiedenen Hintergründe, stimmten wir darin überein, dass die sozialen Verpflichtungen der EU gestärkt werden müssen.

Ich möchte auch die wichtige Rolle von Gil Martins dos Reis erwähnen, der meinen Besuch in Aveiro organisiert hat und Besuche weiterer Kollegen organisieren wird. Als ehemaliger Student an der Universität Aveiro und Praktikant beim Verein der ehemaligen Mitglieder des EP kontaktierte Gil seine „Alma Mater“ und unseren Verein. Die Universität Aveiro bietet gute und wichtige Lehrveranstaltungen in der Studienrichtung Europäische Studien an – wir sollten diese Universität daher mit unseren Erfahrungen unterstützen.

Gyula Hegyi

PES, Ungarn (2004-2009)

gyulahegyi4@gmail.com

EP to Campus – Bulgarien, 31.3.2017

Als ich die Einladung der Amerikanischen Universität in Bulgarien sah, weckte das Thema – die Kreislaufwirtschaft – mein Interesse.

Als ehemaliger Politiker der Grünen, aber auch als Beamter, der im Bereich nachhaltige Entwicklung tätig ist, erregte dieses Thema meine Aufmerksamkeit.

Auch die Tätigkeit einer amerikanischen Universität in Europa interessierte mich, und ich war noch nie in Bulgarien gewesen.

Nur zwei Wochen vor der Veranstaltung erhielt ich die Zusage der Universität, und zufälligerweise war ich unmittelbar zuvor das erste Mal für eine Woche in den Vereinigten Staaten.

Also war ich schon gut auf Amerika eingestellt, als ich ankam. Zunächst musste ich nachsehen, wo Blagoevgrad liegt – ich hatte zuvor noch nie von dieser Stadt gehört.

Meine Kontaktperson war Professor Jean Crombois, und es stellte sich heraus, dass auch er Belgier ist.

Mitten in der Nacht holte mich ein Fahrer am Flughafen von Sofia ab, um mich zu meinem Hotel zu bringen, wo ich um 3.00 Uhr nachts ankam. Am ersten Nachmittag trafen wir den Rektor und die Leiterin der Universität.

Am Abend fand die Eröffnungsveranstaltung der Model European Union (MEU) statt, und ich sprach als Hauptredner zum Thema Kreislaufwirtschaft. Das Konzept dieser Veranstaltung ist, dass das EP, die Kommission und der Rat von Studierenden verkörpert werden, die über das Paket zur Kreislaufwirtschaft diskutieren (geänderte Richtlinien zu Abfällen, Wiederverwertung, Deponierung usw., die 2016 von der „echten“ Kommission vorgelegt wurden).

Am nächsten Tag wurde in mehreren Ausschüssen über den Text diskutiert, und ich fungierte als Vorsitzender des ENVI-Ausschusses.

Die Studierenden übernahmen die Rolle von Mitgliedern des Europäischen Parlaments aller Fraktionen. Außerdem gab es Lobbyisten, und wir waren ständig von Journalisten umgeben. Zum Abschluss wurden Trilogverhandlungen mit der Kommission und dem Rat geführt, und es wurde eine Schlussabstimmung abhalten.

Während der Gespräche führte der Brexit zu intensiven Diskussionen. Die Studierenden spielten ihre Rollen sehr gut und schafften es, sich sowohl emotional als auch intellektuell in ihre Rollen hineinzusetzen.

Auf der Facebook-Seite der Model European Union Blagoevgrad sowie auf meiner Facebook-Seite finden Sie alle Informationen über die Veranstaltung (sollten wir vielleicht eine eigene Facebook-Seite einrichten?).

Die Amerikanische Universität in Bulgarien (AUBG) organisierte diese Veranstaltung zum dritten Mal, und zwar mit Unterstützung aus dem Programm Jean Monnet. Diese Veranstaltung ist ein Vorbild für alle Universitäten in Europa.

Am Sonntag besuchte Professor Crombois mit mir das Kloster Rila, das zum UNESCO-Welterbe zählt. Sowohl das Wetter als auch das Essen waren ausgezeichnet.

Bulgarien – das bestgehütete Geheimnis Europas – ist definitiv eine Reise wert.

Jan Dhaene

Grünen / EFA, Belgien (2002-2004)

jandhaene@telenet.be

Die Veranstaltung in Florenz

Die Teilnahme an der Veranstaltung in Florenz, die mir dank Ihrer und unserer Organisation möglich war, war für sowohl hinsichtlich der Organisation als auch hinsichtlich der Themen und in Bezug auf die Fähigkeit des Publikums, sich zu beteiligen, Beiträge zu formulieren und sich für die Thematik zu begeistern, von außergewöhnlicher Bedeutung. Wenn Begegnungen dieser Art und dieser Qualität in jedem Land in Europa bereits zu Beginn unserer Zusammenarbeit stattgefunden hätten, wären vermutlich auch jene, die sich heute als Euroskeptiker bezeichnen, zu überzeugten Befürwortern Europas geworden.

Die besprochenen Themen — etwa Meinungsfreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung, Niederlassungsfreiheit, das Verbot von Diskriminierung aufgrund von Rasse oder Geschlecht und andere Fragen, die für ein erneuertes Zusammenleben von grundlegender Bedeutung sind — und die Staaten, deren Institutionen, Sprachen, Sitten und Gebräuche sowie Religionen und Konfessionen sich zum Teil stark unterscheiden, wurden von den jungen Teilnehmern nicht nur aufgenommen und im Lichte einer modernen Sichtweise, die dem gegenwärtigen historischen Moment entspricht, diskutiert, sondern waren auch Gegenstand von originellen und neuartigen Diskussionsbeiträgen.

Ich bedauere, dass es mir angesichts der umfangreichen Thematik und der Kürze der Zeit nicht möglich war, ein Thema anzusprechen, das vor dem Vertrag von Lissabon ausführlich diskutiert wurde, nämlich den Gedanken, in der Präambel des Vertrags Bezug auf die jüdisch-christlichen Wurzeln der europäischen Zivilisation und auf ihre Wurzeln in der athenischen Demokratie zu nehmen.

Mein Beitrag (und ich hoffe, dass es in Zukunft möglich sein wird, dieses Thema wieder aufzugreifen) hätte nicht nur aus einer bloßen Darstellung der geschichtlichen Abläufe bestanden, sondern aus einer Analyse des Ablaufs der tiefgreifenden Veränderungen, die in diesem Bereich stattgefunden haben, und des Beitrags, der damit für die gesamte Menschheit und insbesondere für Europa geleistet wurde.

Die Gegenüberstellung der behandelten Themen und des ersten Abschnitts unserer Verfassung war von großem Interesse. Den jungen Menschen ist es gelungen, die grundlegenden Ähnlichkeiten zwischen den wichtigsten Bestandteilen unserer Verfassung und denen der modernsten europäischen Verfassungen und des Vertrags von Lissabon zu erfassen. Es sind wohl diese Themen, auf die wir die Aufmerksamkeit aller Europäer — seien sie jung oder weniger jung — richten müssen, damit die Wirtschaftsthemen, etwa die vorgeschriebene Größe einer Pizza oder der zulässige Zuckergehalt von Wein — so wichtig sie auch sein mögen —, gegenüber jenen Themen zurücktreten, die die Grundpfeiler des europäischen Aufbauwerks oder vielmehr Wiederaufbauwerks sein müssen.

Die Europäische Universität in Florenz sollte gemeinsam mit dem Verein der ehemaligen Mitglieder in öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen in ganz Europa die Behandlung dieser Themen in Schulen und bedeutenden Organisationen im Kulturbereich durch die kostenlose Aktivität von Europaabgeordneten und von Universitätsdozenten möglichst aus anderen Ländern als jene fördern, in denen die Erfahrung mit einer Tagung am Ende jedes Jahres vergeudet wird, in der die Vertreter unterschiedlicher Fachrichtungen zusammenkommen, um diese Themen zu diskutieren, und unter den so ausgebildeten jungen Menschen Multiplikatoren auszuwählen, die den erwähnten Gruppierungen hinzugefügt werden können.

Riccardo Ventre

PPE-DE, Italien (2004 - 2009)

riccardoventre@gmail.com

40 Jahrestag der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Bundestags

Die Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Bundestags beging ihren 40. Jahrestag. Die Deutschen sind dafür bekannt, ihre Geburtstage in großem Rahmen zu feiern – vor allem, wenn es runde Geburtstage sind, bei denen ein Jahrzehnt vollendet wird. Das Programm war dem Anlass angemessen: Bei den zahlreichen Beiträgen folgten Musikvorträge und Reden einander in harmonischem Wechsel. Nach dem Empfang am 19. Juni mit einem Konzert mit Werken von Friedrich Gulda und einem Abendbuffet fand am 20. Juni die Hauptveranstaltung statt, bei der auch der Bundestagspräsident, Dr. Lammert, und der ehemalige Bundespräsident, Dr. Gauck, zugegen waren und sich aktiv beteiligten. Die vorgetragenen Opernarien und Chorwerke trugen zu der gemütlichen Atmosphäre bei.

Es war ein Akt zur Feier und Verteidigung der parlamentarischen Demokratie im Reichstag, Schauplatz der erbittertsten Kämpfe um die Bestätigung eines politischen Systems, das uns Europäer letztendlich als bestes demokratisches System eint. Die Präsidentin der Vereinigung, Edith Niehuis, dankte unserem Verein, vertreten durch seinen Präsidenten, mehrfach für seine Anwesenheit.

Ein weiterer Aspekt der Feier war das Gedenken an Helmut Kohl, der als engagiertester Kanzler und berühmter Parlamentarier große Bekanntheit erlangt hat. Bei seiner Rede vor dem Europäischen Parlament knapp zwei Wochen nach dem Fall der Berliner Mauer sagte er, die Teilung Deutschlands sei seit jeher sichtbarer und äußerst schmerzlicher Ausdruck der Teilung Europas gewesen. Die Vereinigung Deutschlands hingegen könne nur Realität werden, wenn auch bei der Vereinigung unseres alten Kontinents Fortschritte erzielt würden. Die Politik Deutschlands ließe sich nicht von der europäischen Politik trennen: Sie seien zwei Seiten einer Medaille. Helmut Kohl war ein Befürworter Europas par excellence. Er setzte sich für ein freies und geeintes Deutschland in einem freien und geeinten Europa ein. Wie auch Präsident Barón Crespo in seiner Rede zu dem Thema „Berlin: von der Mauer zum Tor“ erläuterte, hat Helmut Kohl entscheidend dazu beigetragen, die Zukunft der EU zu gestalten, indem er sich beispielsweise dazu entschloss, mit dem Euro die Rahmenbedingungen zu ändern, und zwar entgegen seiner eigenen öffentlichen Meinung.

Präsident Barón Crespo unterschrieb im Namen des Vereins im Kondolenzbuch und ließ Präsidentin Niehuis als Zeichen der Anerkennung seine Rede „Berlin: von der Mauer zum Tor“ in deutscher Sprache zukommen. Darin erläuterte er, wie er die Ära des Mauerfalls als Präsident des Europäischen Parlaments erlebt hat. Vor allem ging es um die Debatte im November 1989, zu der auf seine Einladung hin der Präsident des Rates der Europäischen Union, François Mitterrand, und Bundeskanzler Kohl erschienen waren. Diese Geste wurde in hohem Maße gewürdigt.

Wie Präsident Barón Crespo in seiner Rede anführt, war der entscheidende Moment des Falls der Berliner Mauer ein Augenblick von wesentlicher Bedeutung, in dem die Mauer, die Europa und die Welt teilte, durch die Macht der Bürger friedlich zum Einsturz gebracht wurde.

Mit dem Fall der Mauer wurde eine Tür weit aufgestoßen, die zur Zukunft einer Europäischen Union führt, die der Welt offensteht.

Alumni Vereinigung Stellvertreter

www.formermembers.eu

formermembers@europarl.europa.eu

FP-AP-TREFFEN IN DUBLIN

Wie Phönix aus der Asche ...

... so muss sich die Republik Irland heute fühlen nach ihrer dramatischen und wechselvollen Geschichte.

Im Phönix-Park, der grünen Lunge Dublins, befindet sich auch die Residenz des irischen Präsidenten Michael D. Higgins. Andrea Manzella und ich vertraten unsere FMA auf seinem beeindruckenden Empfang dort für die Ehemaligenvereinigung des Europarats www.fpap-europa-org im Juni; wir nahmen an dem Bureau-Meeting der FP-AP teil, das wie der gesamte Informations-Aufenthalt von der irischen Delegation unter der Leitung von Olga Bennett und Vincent Brady vorbildlich organisiert wurde.

Irlands wechselhafte Geschichte ist auch geprägt von bitterster Armut durch Missernten, Hungersnöte und politisch motivierte Repressalien. Die Politik der englischen Großgrundbesitzer beispielsweise zusammen mit der Kartoffelfäule führte zur furchtbaren Hungersnot von 1845 – 1849, zu Auswanderung und einer Gesamt- Depopulation um fast 50 % und zu andauernden Ressentiments.

Seit ca. 1980 steigen die Bevölkerungszahlen wieder an – und inzwischen hat sich das lange Zeit verarmte Irland zu einer hochmodernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft – (auch) mit wesentlichen EU-Geldern – gewandelt. Wie Phoenix aus der Asche. Es ist heute attraktiv für viele internationale Unternehmen. Studenten von überall her besuchen die Sprachschulen und Unis. 2016 war Irland das drittreichste Land Europas und das achtreichste der Welt.

Die Freizeit kann in verschwenderischer Natur – bis zur rauen Küste hin – verbracht werden – beim Polo, Gaelic Football oder Hurling, im Zoo oder bei Freiluft-Veranstaltungen.

Bedeutende Schriftsteller wie beispielsweise Jonathan Swift und Oscar Wilde oder die Literatur-Nobelpreisträger George Bernard Shaw und Samuel Beckett – oder auch in meinen Augen: Frank McCourt mit „Angela’s Ashes“ - haben Irlands Ruhm ebenso vermehrt wie der Limerick, die irische Folk Music und vor allem die keltische Harfe, das älteste irische Instrument. Sie symbolisiert Irland auf den Euromünzen und im Wappen der Republik und begleitet uns auf Schritt und Tritt. Ebenso wie das weltberühmte Dublin-Guinness.

Die heutigen Iren bewahren allein schon durch ihre Sprache - Irisch (Gaeilge, auf Deutsch Gälisch), der irische Dialekt der Kelten - das Erbe ihrer keltischen Vorfahren. 1990 fast ausgestorben, ist Irisch (neben dem Englischen) heute ein Muss bei Krankenschwestern, Ärzten und im öffentlichen Dienst.

Das berühmte Book of Kells aus dem 8. Jhrdt. aus der Kells Abbey in Kells verzieren typische, traditionelle keltische Spiral- und Flechtwerkmuster sowie ornamentale Mensch- und Tiermotive. Seit dem 17. Jahrhundert befindet es sich im Besitz des bedeutenden Trinity College in Dublin.

Die Gründung des Irischen Freistaats erfolgte 1922 – nach dem blutigen Bürgerkrieg (1919 – 1921). Die Wunden des ethno-religiösen Konflikts und der IRA sind nicht vergessen. Dennoch. Das Karfreitagsabkommen von 1998 und dem dort belegten Verzicht der Republik Irland auf die Forderung einer Wiedervereinigung mit Nordirland kennzeichnet ein deutliche Entspannung.

Doch jetzt haben die schwierigen Brexit-Verhandlungen begonnen. „Wir sind in der EU angetreten, Mauern einzureißen und nicht zu errichten“ sagt die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der Einweihung eines Berliner-Mauer-Denkmal vor dem neuen Nato-Gebäude in Brüssel im Mai.

Die FP-AP unter ihrem Präsidenten Lino DeBono, Malta, erarbeitet jetzt eine Erklärung für 2018 über „Die Zukunft Europas“. Walter Schwimmer, Österreicher und u.a. ehemaliger Generalsekretär des Europarats, ist der Berichterstatter.

Die politischen Treffen und herausragenden Reden des amtierenden Präsidenten von Irland Michael D. Higgins (Labour Party) und des Außen-und Handelsministers Charles Flanagan (Fine Gael) klingen nach.

Für eine Vereinigung mit ihren Zielen eines fortdauernden Dialogs und erfolgreicher Inklusion.

Für ein Europa gemeinsamer Werte, des Respekts, der Demokratie, des Rechtsstaates und der Menschenrechte.

Brigitte Langenhagen

PPE-DE, Deutschland (1990-2004)

brigitte-langenhagen-cux@t-online.de

